

28. August

6 / 2020

www.landtag-mv.de



+++ Erste Schlussfolgerungen aus der Corona-Krise +++ Landtag unterstützt Werftenhilfe +++ Was die Bürger bewegt
+++ DDR-Verbrechen nicht zu rechtfertigen +++ Mehr Geld für Grundschullehrer +++ Elternzeit heißt Teilzeitplatz
+++ Öffentliche Befragung +++ aufgeschlossenen – Bühne frei +++



Titelfoto: Landtag MV

3 - 22	AUS DEM PLENUM	
3	Aktuelle Stunde	Erste Schlussfolgerungen aus der Corona-Krise (auf Antrag der Fraktion DIE LINKE)
4 - 9	Auszüge aus der Original-Debatte	Simone Oldenburg (DIE LINKE), Ministerpräsidentin Manuela Schwesig, Nikolaus Kramer (AfD), Jochen Schulte (SPD), Torsten Renz (CDU)
10 - 20	Berichte	Landtag unterstützt Werftenhilfe Was die Bürger bewegt DDR-Verbrechen nicht zu rechtfertigen 30 Jahre Nationalparks Weniger Förderschulen Unternehmer suchen Nachfolger
21 - 22	Meldungen	Neue Pachtkriterien geplant Enquete-Leitung gewählt Kein digitaler Fußabdruck bei Gesetzen Mehr Geld für Grundschullehrer Strategiefonds beschlossen Elternzeit heißt Teilzeitplatz Ja zum Wasserstoffausbau Corona-Tests im Landtag
23 - 24	Gesetzgebung	Laufende und abgeschlossene Gesetzgebung
25 - 26	AUS DEN AUSSCHÜSSEN	Neue Enquete-Kommission Öffentliche Befragung
27 - 29	PANORAMA	Das Parlament handelt auch in schwierigen Zeiten – Interview mit Landtagspräsidentin Birgit Hesse aufgeSCHLOSSen für Kultur
30 - 31	Das Schloss vor 30 Jahren	„Helft, wo ihr helfen könnt!“ – Hans-Jochen Waack bereitete die erste konstituierende Sitzung des Landtages MV vor
32	Chronik	

IMPRESSUM

Herausgeber:
Landtag Mecklenburg-Vorpommern
 - Öffentlichkeitsarbeit -
 Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin
 Fon: 0385 / 525-2603, Fax 525-2151
 E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de
 Internet: www.landtag-mv.de

Redaktion: Referat Öffentlichkeitsarbeit,
 Anna-Maria Leistner

Layout: Uwe Sinnecker

Druck: produktionsbüro TINUS
 Gedruckt auf Recyclingpapier

Zugunsten des Leseflusses und aus Platzgründen haben wir bei der Bezeichnung von Menschengruppen manchmal nur die männliche Form verwendet. In solchen Fällen ist die weibliche Form mitgedacht.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder. Alle Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers.

Die LANDTAGSNACHRICHTEN können kostenlos bezogen werden. Bestellungen sind an den Herausgeber zu richten. Redaktionsschluss 07.08.20



Foto: Uwe Sinnecker

Erkenntnisse einer Krise

Abgeordnete diskutieren über Lehren aus Corona-Pandemie

■ Seit gut fünf Monaten bestimmt Corona unser Leben. Der wochenlange Lockdown traf Wirtschaft und Gesellschaft hart. Und jeden auf ganz persönliche Weise. Viele Beschränkungen wurden inzwischen Schritt für Schritt gelockert. Gemessen an der Zahl der erkrankten oder verstorbenen Menschen ist Deutschland, insbesondere MV, bislang vergleichsweise glimpflich durch die Pandemie gekommen. Doch auch hier hat sich gezeigt, wie verletzlich Wirtschaft und Gesellschaft sind. Welche ersten Schlussfolgerungen ergeben sich daraus? Das stellte DIE LINKE in der letzten Aktuellen Stunde vor der Sommerpause zur Diskussion. Die Vorschläge reichten von A wie Abgaben für Reiche bis Z wie Zukunftsrat.

Normalität. Ein Wort, das vermutlich selten so oft gebraucht wurde wie in den vergangenen Wochen. Gleich es doch einem wehmütigen Blick auf das, was so selbstverständlich schien im Leben vor Corona. Dahin zurückkehren? Nicht in jeder Hinsicht, mahnte DIE LINKE. „Diese sogenannte Normalität hat dazu geführt, dass viele Bereiche unseres Lebens in

dieser Krise so anfällig waren oder sind“, so **Simone Oldenburg**. Die Fraktionschefin der Linken forderte weitreichende Reformen für die Zeit nach Corona. „Wir brauchen eine neue, eine bessere und verlässliche Sozialpolitik.“ Ihre Vorschläge: eine einmalige Abgabe für Millionäre, für jeden Kreis mindestens ein Krankenhaus in öffentlicher Trägerschaft, dauerhafte Zuschüsse für Familien und mehr Geld für Pflegekräfte.

Ministerpräsidentin **Manuela Schwesig** schlug vor, einen Corona-Zukunftsrat zu gründen. Beratungsbedarf sieht sie vor allem in Bezug auf ein Frühwarnsystem, schnellere Digitalisierung, Verbesserungen im öffentlichen Gesundheitsdienst sowie bei Schutzausrüstungen und Medikamenten. „Wir dürfen uns nicht mehr abhängig machen von internationaler Produktion.“ Sie lud alle Fraktionen ein, sich mit eigenen Ideen in den Zukunftsrat einzubringen. Auch Vorschläge zur Besetzung des Gremiums hieß sie ausdrücklich willkommen.

AfD-Fraktionschef **Nikolaus Kramer** stimmte den Schwerpunkten der Ministerpräsidentin zu. Die Krise habe hier etliche Lücken aufgezeigt. Das bisherige Handeln der Landesregierung sei bisweilen jedoch von „blindem Aktionismus“ und „lächerlichen Verordnungen“ geprägt gewesen. Als Beispiel nannte er die Pflicht, in Restaurants bis zum Tisch eine Maske tragen zu müssen. Die Forderungen der Linken bezeichnete er als Frontalangriff auf die Marktwirtschaft.

„Da hätte ich so meine verfassungsrechtlichen Bedenken.“

Torsten Renz, Fraktionschef der CDU, wandte sich ebenfalls dagegen, die Wirtschaftsordnung in Frage zu stellen. „Die soziale Marktwirtschaft ist unser Grundkompass!“ Er räumte ein, dass sie nicht frei von Schwachstellen sei. An ihnen werde aber bereits gearbeitet, zum Beispiel mit zusätzlichen Milliardenbeträgen für Schutzausrüstungen, Investitionen in Krankenhäuser und Gesundheitsämter sowie mit Konjunkturprogrammen und einem Zukunftspaket. „Unsere soziale Marktwirtschaft funktioniert.“

Sozialistische Klassenkampf-Rhetorik aus der Mottenkiste von Marx, Engels und Lenin helfe niemandem weiter, meinte **Holger Arppe** (fraktionslos). Er forderte, Steuern und Abgaben zu senken. So könnten Bürger und Unternehmen besser Rücklagen bilden.

Jochen Schulte (SPD) sprach sich für mehr Steuergerechtigkeit aus. Es könne nicht sein, dass große Konzerne einfach in andere Länder gehen können, um Steuern zu sparen. Dieses Geld werde an vielen Stellen dringend benötigt – so wie jetzt zum Beispiel in der Krise. „Hier brauchen wir eine Lösung auf europäischer Ebene.“ Zudem mahnte er finanzielle Verbesserungen für Mitarbeiter in Krankenhäusern, in der Pflege und im Einzelhandel an. „Bei allem Respekt, der damit verbunden ist, wenn man für Menschen klatscht: Vom Klatschen kann keiner leben.“

Simone Oldenburg, DIE LINKE:

„Das öffentliche Gesundheitswesen gehört endlich wieder in öffentliche Hand.“

Fotos: Uwe Sinnacker:



Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! [...] Ja, wir haben verstanden, dass nichts selbstverständlich ist. Und ja, wir haben auch verstanden, dass es die Verlässlichkeit in unserem Alltag ist, die wir brauchen, um gut und sicher miteinander zu leben und Krisen zu überstehen. Aber eine neue Normalität ist das, was wir auf gar keinen Fall brauchen. Diese sogenannte Normalität hat dazu geführt, dass viele Bereiche unseres Lebens in dieser Krise so anfällig waren und sind. Denn es war normal, dass das Gesundheitswesen privatisiert wurde, es deshalb keine Reserven an Schutzbekleidung, an Masken und an Beatmungsbetten zugelassen hat, weil Reserven nur Lager füllen, aber nicht die Taschen der Aktionäre. Normal war es auch, dass die Digitalisierung eine viel zu geringe Rolle gespielt hat, sie mehr als Luxus denn als Grundversorgung verstanden wurde. Und es war eben auch normal, dass vor allem Beschäftigte in Krankenhäusern, in Pflege- und Altersheimen und in den Geschäften für einen viel zu geringen Mindestlohn gearbeitet haben in der Hoffnung, es wird schon irgendwie gehen [...] nein, diese Normalität soll nicht zu uns zurückkommen. Wir brauchen sie auch nicht in einem neuen Gewand, wir brauchen einen anderen, einen neuen Inhalt. Wir brauchen eine neue, eine bessere und verlässliche Sozialpolitik.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

[...] Es darf nicht sein, dass genau die Beschäftigten, die für 9,35 Euro knüppeln, wieder die Zeche zahlen, genau wie 2008. Um das zu verhindern, fordern wir, dass eine einmalige Abgabe für jene eingeführt wird, die über ein Vermögen in Millionenhöhe verfügen. In Deutschland gibt es mehr Vermögensmillionäre, als Mecklenburg-Vorpommern Einwohner hat. Sie hier mit fünf Prozent auf ihr Vermögen einmalig zur Kasse zu bitten – das sind mindestens 150 Milliarden Euro –, das muss ihr solidarischer Beitrag sein.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

[...] Das öffentliche Gesundheitswesen gehört endlich wieder in öffentliche Hand.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Niemals darf die Gewinnmaximierung vor der Gesundheit stehen oder gar auf ihre Kosten gehen. Wir haben es doch selbst erlebt: Wir waren abhängig von Importen, ob Medikamente oder Schutzbekleidung, weil die Profite und die Rendite wichtiger waren als die Gesundheit [...] Sehr geehrte Damen und Herren, wir brauchen keine Zuschüsse für Autokäufe, wir brauchen dauerhafte Zuschüsse für Familien, für Kinder und für Eltern [...] Deshalb laden wir die Ministerpräsidentin ein, gemeinsam mit meiner Fraktion und der Koalition und den Sozialverbänden einen Familiengipfel durchzuführen, um die Chancen der Kinder zu erhöhen und Familien nicht im Regen stehen zu lassen [...]

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Ministerpräsidentin Manuela Schwesig:

„Nichtsdestotrotz [...] müssen wir uns die Zeit nehmen zu überlegen, was können wir aus der Corona-Krise lernen.“



[...] Ich finde, dass man schon eine Schlussfolgerung ziehen kann: Wenn Mecklenburg-Vorpommern das Land in Deutschland ist, das von Anfang an bis Stand heute die geringsten Infektionen hat und damit auch die wenigsten Erkrankten und zum Glück die wenigsten Toten [...] dann haben wir auch einiges richtig gemacht. Denn wir haben sofort gehandelt [...] Wir haben konsequent gehandelt [...] und wir haben vor allem eine Bevölkerung, die für mich in

beeindruckender Weise sofort verantwortungsvoll und im Großen und Ganzen geschlossen bereit war, alles gegen diese Pandemie zu tun. Deshalb herzlichen Dank an die Bevölkerung und an alle, die bei diesem Weg mitgeholfen haben!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und Nikolaus Kramer, AfD)

Gleichzeitig gab es eben nicht nur die Bedrohung durch das Corona-Virus für die Gesundheit der Bevölkerung, sondern eben für die Wirtschaft, für das soziale Zusammenleben. Und deshalb haben wir sofort im Krisenmanagement Schlussfolgerungen gezogen und gesagt, es reicht nicht, dass wir auf Abstand gehen, dass wir Dinge schließen, sondern wir müssen gleichzeitig auch Hilfen organisieren. Das haben wir gemeinsam hier fraktionsübergreifend in Parlament und Regierung getan mit einem Schutzfonds in einer Größe, wie sie dieses Land noch nie gesehen hat: 1,1 Milliarden Euro zum Schutz von Soloselbstständigen, von Unternehmerinnen und Unternehmern, von Arbeitsplätzen, zum Schutz von sozialen Vereinen, zur Unterstützung zum Beispiel im Bereich Kinderbetreuung [...]

en wir uns die Zeit nehmen zu überlegen, was können wir aus der Corona-Krise lernen: [...]

Erstens [...] Nie wieder darf es passieren, dass wir als reiches Land nicht genug Schutzrüstungen haben: [...] Solche Vorräte brauchen wir aber in Arztpraxen, in Krankenhäusern, im Land, in der Bundesrepublik. Wir müssen Schutzrüstungen zurückhalten, also sozusagen aufbewahren. Und was ganz wichtig ist, wir müssen es in Deutschland wieder produzieren, und nicht nur Schutzrüstungen, sondern auch notwendige Medikamente. Wir dürfen uns nicht mehr abhängig machen von internationaler Produktion, die dann im Zweifel bei uns nicht ankommt.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD und Burkhard Lenz, CDU)

Zweitens. Wir müssen den öffentlichen Gesundheitsdienst stärken. Der öffentliche Gesundheitsdienst ist hier sozusagen unser Fundament in der Pandemiebekämpfung. Ohne diese Gesundheitsämter wären wir in dieser Pandemie nichts,

(Zuruf von Minister Harry Glawe)

und deshalb ist es richtig, dass auch im Konjunkturpaket des Bundes Unterstützung für die öffentlichen Gesundheitsämter drin ist.

Drittens. Wir haben gesehen, wie wir auf die Digitalisierung angewiesen sind, und deshalb ist der Einsatz des Landes Mecklenburg-Vorpommerns, auch der Landesregierung, schnelles Internet an jeder Milchkanne, richtig. [...]

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Nikolaus Kramer, AfD::

„Diese Krise hat uns jedoch auch Lücken im System aufgezeigt.“



Foto: Uwe Sinnecker

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Landsleute! „Erste Schlussfolgerungen“ heißt, nicht nur nach hinten zu schauen, so, wie es die Kollegin Oldenburg tat, sondern eben auch, einen Blick in die Zukunft zu wagen. [...] ist es an der Zeit zu analysieren, was ist gut gelaufen, was ist schlecht gelaufen.

*(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Also doch auch mal zurückgucken?!)*

Gut war, dass der MV-Plan unabhängig der Parteizugehörigkeit gemeinsam entwickelt wurde. Das ist ein Beleg dafür, dass dieses Parlament sachorientiert arbeiten kann, wenn es denn möchte. Meine AfD hat sich von Anfang an mit Vorschlägen und Anträgen dazu eingebracht.

*(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Peter Ritter, DIE LINKE: „Meine AfD“!)*

Schlecht war in diesem Zusammenhang der teilweise blinde Aktionismus der Landesregierung,

*(Peter Ritter, DIE LINKE:
Wie ist es denn mit der anderen AfD,
wenn Sie von „Ihrer AfD“ sprechen?)*

insbesondere der Ministerpräsidentin, die teilweise Maßnahmen beschlossen und verkündet hat, ohne ihren Koalitionspartner in die Beratungen mit einzubeziehen.

*(Zurufe von Torsten Renz, CDU,
und Wolfgang Waldmüller, CDU)*

So wurde zum Beispiel die Osterreiseregulierung der einheimischen Bevölkerung vom Gericht kassiert –

*(Peter Ritter, DIE LINKE: Nicht zurückblicken,
Herr Kramer, immer nach vorne!)*

teilweise also blinder Aktionismus, um des Agieren willens.

*(Torsten Renz, CDU: Das war das
Beispiel jetzt für die Einbeziehung.)*

Ein skurriles Beispiel der teilweise lächerlichen Verordnung ist, dass man als Gast in Restaurants mit Atemschutzmaske selbiges betreten muss, um diese am Tisch dann abnehmen zu dürfen,

(Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

nicht ohne aber seine personenbezogenen Daten der Allgemeinheit preiszugeben. Was ist denn mit dem zu Recht hoch angebundenen Datenschutz, der uns bislang so heilig gewesen ist?

Auch zeigten sich bisher Vor- und Nachteile des Föderalismus. Gut an dieser Stelle ist, dass wir individuell auf die aktuelle Entwicklung reagieren konnten [...] und somit auf die Bedürfnisse der Bevölkerung und auch der Wirtschaft eingehen konnten. Schlecht jedoch war, wenn man aus Angst oder übertriebener Sorge Lockerungen zu spät vollzogen hat. [...] Da wären bundeseinheitliche Standards angebracht gewesen. Oder kennen Sie, meine Damen und Herren, aktuell alle 16 Verordnungen der Bundesrepublik? Wie ist das zum Beispiel, wenn ich meine erkrankten Eltern in Brandenburg besuchen möchte oder meine Großmutter auf der Palliativstation in Hessen?

Diese Krise hat uns jedoch auch Lücken im System aufgezeigt. [...] Bislang wurde nur von der Notwendigkeit der Digitalisierung gesprochen. Was die praktische Umsetzung bedeutet, haben wir erst jetzt schmerzhaft erfahren müssen. Vom Schüler über den Mittelständler bis hin zum Wissenschaftler wurde in einem Flächenland wie Mecklenburg-Vorpommern insbesondere durch Homeoffice und Homeschooling deutlich, wie wichtig der Breitbandausbau in unserem Land ist. Dieser muss weiter vorangetrieben werden.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

[...] Frau Oldenburg hat auch das Konjunkturpaket angesprochen und auch den MV-Plan, [...] die Bundesrepublik arbeitet nicht wertschöpfend. Das heißt, das Geld dieser Pakete und auch das, das M-V zahlt, kommt vom Steuerzahler, und dieser bekommt jetzt ein paar Krümel zurück. Und wer zahlt diese Pakete am Ende? Der Steuerzahler und nachfolgende Generationen. [...]

*(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Simone Oldenburg, DIE LINKE: Wir müssen doch
zusehen, dass sie das nicht finanzieren werden.)*

Im Übrigen, Frau Oldenburg, ist Ihr Redebeitrag dieser Aktu-

ellen Stunde eher ein Frontalangriff auf unsere verfassungsrechtlich geschützte Marktwirtschaft gewesen,

*(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Heiterkeit bei Simone Oldenburg, DIE LINKE)*

und da hätte ich so meine verfassungsrechtlichen Bedenken, meine Damen und Herren.

Fazit dieser Aktuellen Stunde ist oder Fazit sollte sein, die Schlagworte, [...] „Krisenmanagement“ und „Digitalisierung“. Jeder kennt noch den Spruch „5G an jeder Milchkanne“. [...] Herzlichen Dank, meine Damen und Herren!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Jochen Schulte, SPD:

„Aber vom Klatschen
kann keiner leben.“



Foto: Uwe Sinnacker

[...] Meiner festen Überzeugung nach hat diese Krise, diese Pandemie zunächst einmal eins gezeigt, wir leben trotz aller Kritik, die immer wieder in der Vergangenheit geäußert worden ist, in der Bundesrepublik Deutschland in einem föderalen System, und der Föderalismus hat sich in der Krise bewährt. [...]

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Es ist, [...], es ist ein Zeichen der Stärke gewesen, dass die Bundesländer, vertreten durch ihre Ministerpräsidentin, durch ihre Ministerpräsidenten, gemeinsam mit dem Bund versucht haben, ein Vorgehen abzustimmen, aber trotzdem jedes Land, jedes Bundesland für sich am Ende die Entscheidung getroffen hat, was vor Ort regional an Entscheidungen getroffen werden muss. Und wir sollten uns dieses Pfund des Föderalismus daher auch in Zukunft nicht kleinreden lassen.

Zweitens, [...] hat sich aus meiner Sicht die Stärke auch in diesem Landtag des parlamentarischen Systems gezeigt. Wir hier als Landtag, gemeinsam mit der Landesregierung, haben deutlich gemacht, und zwar über die Grenzen der Regierungsfractionen hinaus, dass wir in der Lage sind, schnell und wichtige Entscheidungen gemeinsam hier zu tragen. Und ich glaube, das ist etwas, was für dieses System, für diese Demokratie immens wichtig ist, dass die Menschen in diesem Land auch erlebt haben, dass wir uns in der Krise nicht zerstreiten, sondern gemeinsam agieren.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)*

[...] Was mich persönlich auch immens positiv betroffen gemacht hat, ist tatsächlich die Solidarität, die sich insbesondere am Anfang dieser Krise auch in unserem Land gezeigt hat, wo auf einmal Menschen, die überhaupt nichts miteinander zu tun hatten, aufeinander – im übertragenen Sinne – zuzugingen und gefragt haben, wie kann ich dir helfen, wie kann ich aus meinem eigenen engen Bezugskreis heraustreten und meinem Nachbarn behilflich sein, den ich vielleicht ansonsten nur einmal am Tag gesehen und begrüßt habe. Und das, [...], bei aller Diskussion, die es immer wieder in Deutschland gibt über soziale Kälte und was alles da eine Rolle spielt, sollten wir nicht vergessen, weil das zeigt die Stärke dieses Landes. Was dieses Land ausmacht, sind am Ende des Tages die Menschen, die hier leben.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Und, [...], ich will ein Beispiel aufgreifen, das ist hier auch schon genannt worden, wir sollten uns – nicht, weil wir das in der Vergangenheit vielleicht nicht schon getan haben, aber vielleicht, weil wir es nicht ausreichend getan haben – viel stärker und viel intensiver tatsächlich auch mit der Frage noch beschäftigen, was können wir für die Menschen in diesem Land tun, die so viel für dieses Land getan haben, egal, an welcher Stelle sie sind, egal, ob sie Krankenschwester, im Pflegedienst sind, ob sie irgendwo, tatsächlich auch im Einzelhandel, gearbeitet haben, während andere Leute im Homeoffice waren oder nicht arbeiten konnten, was wir für diese Menschen tun können. [...] wie können wir auch die finanzielle und die materielle Situation gerade dieser Menschen weiter verbessern, denn bei allem Respekt, der damit verbunden ist, wenn man für Menschen klatscht, aber vom Klatschen kann keiner leben.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Genau.)

Davon kann man seine Rechnungen nicht bezahlen, sehr geehrte Damen und Herren.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)*

Deswegen, sehr geehrte Frau Kollegin Oldenburg [...], sollte es auch nicht kleingeredet werden, wenn es jetzt zum Beispiel diesen Kinderbonus, [...], von einmalig 300 Euro gibt.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Einmalig!)

[...] Und, [...], wohin wir nicht verfallen sollten, und ich sage das in aller Deutlichkeit noch mal und ich bin auch dankbar dafür, dass die Bundesvorsitzende der CDU das gleich klargestellt hat, als die Äußerung von Herrn Merz kam, man sollte doch über die Höhe des Mindestlohns diskutieren:

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Tja!)

Das ist der völlig falsche Weg. Gerade wir in Mecklenburg-Vorpommern müssen nicht darüber diskutieren, dass wir eventuell den Mindestlohn oder Tariflöhne oder sonstige Einkommenssituationen in diesem Land senken, wir müssen darüber diskutieren, wie wir die Menschen und ihre Einkommenskraft in diesem Land stärken können.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)*

Und der Weg dorthin, das habe ich schon öfter gesagt, der Weg dorthin ist am Ende des Tages Tariflohn und tariflohngerechte Bezahlung auch bei uns im Land. [...] Ich will etwas ganz anderes ansprechen, was noch mal deutlich gemacht worden ist, gerade vor dem Hintergrund der Beihilfen und Unterstützung für große Konzerne, die jetzt auch in Anspruch hier oder in Rede stehen. Was viel wichtiger, was mindestens genauso wichtig ist wie die Diskussion über eine Vermögensabgabe, ist die Frage von Steuergerechtigkeit in der Bundesrepublik Deutschland. Es kann doch nicht angehen, dass eine Krankenschwester hier in diesem Land ihre Steuern bezahlt

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Ja.)

und auf der anderen Seite große Konzerne, die international tätig sind und hier aus der Bundesrepublik Deutschland kommen – und dafür müssen sie nicht mal in Steueroasen gehen, das können sie schon innerhalb der Europäischen Union tun –, in ein anderes Land gehen, um Steuern zu vermeiden. Das ist das eigentliche Problem, und da brauchen wir eine Lösung auf europäischer Ebene, die diese Steuervermeidung tatsächlich verhindert. Dann haben wir, [...], auch das Geld, das wir an vielen anderen Stellen brauchen und das wir auch gerne ausgeben. [...]

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

[...], wir brauchen das Geld, weil diese Krise hat zwei Dinge gezeigt, eines habe ich schon angesprochen, das ist tatsächlich die Einkommenssituation in diesem Land. Aber wir haben noch eine zweite Situation, die hat sich gerade bei vielen kleinen Unternehmen und Selbstständigen gezeigt. Auch die haben nicht genug finanzielle Substanz gehabt, um diese Krise alleine zu überleben, und deswegen ist es auch gut gewesen, dass wir gerade für die kleineren Unternehmen und für die Selbstständigen in diesem Land auch durch das Land gemeinsam mit dem Bund dazu beigetragen haben, dass sie diese Krise überleben können, betriebswirtschaftlich und natürlich auch in ihrem eigenen Interesse

tatsächlich dann wirtschaftlich überleben können, damit es, in welcher Form auch immer, dann weitergehen kann mit der wirtschaftlichen und übrigens auch der sozialen Entwicklung in diesem Land. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)*

Torsten Renz, CDU:

„Die soziale Marktwirtschaft ist unser Grundkompass.“

Foto: Uwe Sinnacker



Sehr geehrte Frau Präsidentin! [...] Gestern Abend habe ich mir [...] Gedanken gemacht, in welche Richtung DIE LINKE dieses Thema treiben will.

*(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Wieso?
Du hattest mich doch vorher gefragt!)*

Ich [...] musste auf den 3:0-Sieg von Hansa Rostock verzichten.

(Zurufe aus dem Plenum: 3:1!)

3:1. [...] Stimmt [...], es wurde [...] noch mal spannend mit dem Anschlusstreffer.

(allgemeine Heiterkeit)

Da sehen Sie mal, wie ich [...] abgelenkt war,

(allgemeine Heiterkeit)

weil dieses Thema mich beschäftigt [...]: „Erste Schlussfolgerungen aus der Corona-Krise“? Will DIE LINKE [...] der Landesregierung [...] eine Bühne bieten, damit wir darstellen [...], dass wir die Folgen der Pandemie,

*(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Pan-de-mie, das wird mit „d“ geschrieben!)*

[...] gemeistert haben? Dann können wir das [...] tun. Und ich will [...] sagen, durch entschlossenes Handeln

*(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Hat doch keiner ein Problem damit.)*

ist der Kollaps für das Gesundheitssystem abgewendet worden, und wir haben [...] Maßnahmen auf Bundes- und Landes [...] ebene auf den Weg gebracht,

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

um diese Krise [...] zu meistern.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Schauen wir mal!)

[...] Heute Morgen wurde die Sache [...] klarer, [...] es geht [...] nicht darum, zu [...] beschreiben, wie wir [...] erfolgreich [...] gehandelt haben. Es geht [...] darum, [...] die soziale Marktwirtschaft [...] zur Diskussion zu stellen.

*(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Simone Oldenburg, DIE LINKE: Wenn
man eine Vermögensabgabe fordert,
stellt man das System infrage?)*

[...] ich bin [...] dankbar [...], dass Frau Oldenburg die [...] Stichworte [...] liefert: „Privatisierung Gesundheitswesen“, „Mindestlohn“, dann [...] kam [...] die politische Floskel [...] „Arm und Reich“.

*(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Aber ist doch so!)*

[...] wenn ich [...] Ihr Papier, [...] vom 4. Mai, das da lautet, „Corona-Krise verändert unseren Landtag“, [ansehen]*, dann finden Sie in den nachfolgenden [...] Punkten alles [...], was Sie [...] systemrelevant zur Diskussion gestellt haben [...]. Da könnte auch stehen „Klimawandel und deren Folgen“ oder „Kapitalismus und deren Folgen“.

(Horst Förster, AfD: Genau.)

Es geht Ihnen [...] nicht darum, wie wir uns [...] mit der Pandemie hier auseinandergesetzt haben, [...] es geht [...] um Systemfragen. Und da sage ich, [...]

*(Beifall vonseiten
der Fraktionen der CDU und AfD –
Zuruf von Simone Oldenburg, DIE LINKE)*

[...] für die CDU-Fraktion: die soziale Marktwirtschaft ist unser Grundkompass [...] Und die Ausführungen, [...]

(Zuruf von Minister Harry Glawe)

[...] Hilfspakete auf den Weg zu bringen, Konjunkturprogramme zu beschließen [...], die haben dazu beigetragen, diese [...] Herausforderungen [...] zu meistern. Es ist in kürzester Zeit gelungen, [...] die Anzahl der Intensivbetten von 215 auf 500 zu erhöhen, die Beatmungsgeräte bereitzustellen. Das heißt, unsere soziale Marktwirtschaft funktioniert.

*(Beifall Daniel Peters, CDU –
Simone Oldenburg, DIE LINKE: Wie denn?)*

Das heißt aber nicht, dass wir da nicht über Verbesserungen nachdenken [...]. Wir haben es geschafft [...], den Kollaps des Gesundheitssystems zu vermeiden. [...] Wir haben die Wirtschaft wieder [...] angekurbelt. Zielstellung: [...] Arbeitsplätze erhalten. [...].

Und dann geht es [...] darum, können wir heute schon [...] ausreichend Schlussfolgerungen ziehen? [...] Und da sage ich, wer heute schon [...] definieren kann, was verbessert werden muss [...], [der]* wäre wohl ein Genie, zu denen ich mich nicht zähle,

*(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Zu Recht! Zu Recht!)*

[...] ich sage, [...] wir können die ersten Maßnahmen auf den Weg bringen, und zwar gemeinsam. [Ich] verweise [...] auf das Paket der Bundesregierung, [...] flankiert [...] durch unser Land, [...] [dort ist] definiert, dass es neben dem Hilfspaket [...] ein Zukunftspaket [...] geben muss. Und dieses Zukunftspaket analysiert [...] Schwachstellen.

Und eine Schwachstelle ist [...] die Digitalisierung [...] – insbesondere [...] [in]* Schulen –, insbesondere [...] in Mecklenburg-Vorpommern mit seinen ländlichen Strukturen [...]. Und jetzt reagieren wir [...], indem wir sagen, Digitalisierung, das Thema Schulen, Mobilfunknetz mit 5 Milliarden – das sind [...] Maßnahmen,

*(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Ach, da passiert doch gar nichts!)*

die wir jetzt auf den Weg bringen [...].

*(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Mobilfunknetz
hat nichts mit Digitalisierung zu tun.)*

Oder [...] der große Block Gesundheitssystem, diese [...] Feststellung, [...] dass wir nicht in der Lage sind, durch eigene Produktion medizinische Güter [...] bereitzustellen [...],

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

diese Schwachstelle [...], da gehen wir [...] ran, indem wir [...] 1 Milliarde Euro [...] zur Verfügung stellen [...]. Genauso stellen wir 1 Milliarde Euro – wir, die Bundesrepublik Deutschland – zur Verfügung [...], [weil wir] eben nicht ausreichend Schutzausrüstung [...] hatten. [...].

Und der dritte [...] Punkt ist, dass über ein Paket [...] von 7,75 Milliarden Euro [...] Krankenhäuser, Gesundheitsämter, [...] mit Investitionen unterstützt werden, um neue [...] Herausforderungen – ob das jetzt das Corona-Virus ist oder [...] andere Dinge [...] – [zu]* meistern.

[...] auch auf eine mögliche zweite Welle [...] müssen wir vorbereitet sein. Ich will [...] nicht [spekulieren]*, ob sie kommt [...]. Fakt ist, dass wir [...] auf Bundes- und auf Landesebene [...] gehandelt haben, [...] und ich kann Ihnen sagen, wenn das Ihr Ansinnen war, [...] wir haben diese Krisensituation angenommen,

*(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Es hat
doch auch gar keiner was anderes gesagt.)*

[...] mit [...] einem Zukunftspaket, mit Lehren aus Schwachstellen [...], können Sie sich darauf verlassen, dass da, wo die CDU [...] Verantwortung trägt wir [den]* richtigen [...] Weg beschreiten werden. – Herzlichen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

* redaktionell ergänzt



Nach jedem Redner wird das Pult desinfiziert.

Foto: Uwe Sinnecker



In der Debatte haben noch weitere Redner gesprochen. Die vollständigen Redebeiträge finden Sie zum Nachlesen auf der Website des Landtags (Parlamentsdokumente/ Plenarprotokolle) oder zum Nachhören auf dem YouTube-Kanal unter www.landtag-mv.de



Am 18. Juni berieten die Abgeordneten des Landtages MV in einer Sondersitzung die Lage der MV Werften.

Landtag unterstützt Werftenhilfe

Abgeordnete befürworten Freigabe von Sicherheitsreserven für MV Werften

■ 175 Millionen Euro oder Insolvenz? 175 Millionen Euro! Mit dieser einstimmigen Entscheidung unterstützte der Landtag den Kurs der Landesregierung, den MV Werften eine Finanzhilfe zu gewähren. Hintergrund der Schwierigkeiten ist die Corona-Krise: Mit ihr ist auch das Kreuzfahrtgeschäft, und damit das wichtigste Geschäftsfeld der MV Werften, zusammengebrochen. Formal wäre eine Zustimmung des Landtages zu den Hilfen nicht erforderlich gewesen. Die Landesregierung bat die Abgeordneten jedoch in einer Sondersitzung am 18. Juni darum, die bereits erfolgte Zustimmung des Finanzausschusses zu bekräftigen. Dabei stellten alle Redner auch klar, dass es nicht um zusätzliches Geld vom Land gehe, sondern um die Freigabe von Sicherheitsreserven der Muttergesellschaft Genting Hong Kong.

„Covid-19 hat weltweit den Kreuzfahrt-tourismus zum Erliegen gebracht – mit erheblichen Auswirkungen für Werften, die genau diese Schiffe bauen“, schilderte Ministerpräsidentin **Manuela Schwesig**. Schiffe könnten nicht wie geplant gebaut, Rechnungen nicht bezahlt werden. Ohne Unterstützung drohe ab 1. Juli die Insolvenz und der Verlust tausender Arbeitsplätze. Die Werften bemühten sich zwar, unter den Rettungsschirm des Bundes zu gelangen. Die Entscheidung darüber werde jedoch erst im September getroffen. „Bis dahin ist eine Zwischenfinanzierung von 175 Millionen Euro nötig.“ Geld, das Genting als Sicherheitsreserve bei Banken hinterlegt habe. „Es geht also nicht um neue Gelder des Landes, sondern um Geld des Unternehmens.“ Sowohl das Land als auch die Banken müssen dieser Entnahme jedoch zustimmen, so Schwesig. Die Landesregierung habe sich die Entscheidung nicht leicht gemacht. Hier gehe es aber um das industrielle Herz des Landes, das entgegen früherer Werftenkrisen nicht durch Missmanagement aus dem Takt gekommen sei. „Deshalb ist für die Landesregierung klar: Wir stehen in diesen schwierigen Zeiten an der Seite der Werft und ihrer Beschäftigten.“

„Das Geschehen um die MV Werften ist eine eindrucksvolle Lektion von Fluch und Segen der Globalisierung“, sagte

Nikolaus Kramer, Fraktionschef der AfD. Einerseits habe der Einstieg des asiatischen Konzerns viele Arbeitsplätze geschaffen und Steuern generiert. Andererseits führten die weltweiten Versuche, das Corona-Virus einzudämmen, zur Einstellung der Werftarbeiten und Kurzarbeit. „Wenn es jetzt keine Hilfen für die MV Werften gibt, dann stehen sie vor dem Aus!“ Damit wäre der Schiffbau in MV Geschichte. Seine Fraktion werde den vorliegenden Beschluss daher mehrheitlich mittragen. „Wir sind zuversichtlich, dass der Bau von Kreuzfahrtschiffen in unserem Land eine Perspektive hat.“ Mit der Finanzhilfe verschaffe das Land Genting nun Zeit, ein tragfähiges Zukunftskonzept zu erarbeiten. Das sei Voraussetzung für Hilfen vom Bund. Kritik übte er an den Forderungen, die das Land an die Freigabe der Mittel knüpfte: Die Sicherheitsreserve wieder aufzufüllen, sei ohnehin vorgeschrieben, auf Umweltverträglichkeit zu achten, bereits Teil der Schiffsplanung und eine Abnahme aller geplanten Schiffe zu verlangen, utopisch.

Auch für seine Fraktion spreche alles für die Freigabe der sogenannten Locked Box, unterstrich **Wolfgang Waldmüller** (CDU). „Natürlich haben wir keine Glas-kugel.“ Er sei jedoch zuversichtlich, damit den richtigen Weg einzuschlagen. Vor Ausbruch der Pandemie sei Genting ein gesundes Unternehmen mit ausreichend

Liquidität gewesen. „Dass Investoren an die Zukunft des Kreuzfahrtgeschäfts glauben, zeigen auch die Maßnahmen anderer Kreuzfahrtreedereien am Kapitalmarkt zur Überbrückung der Corona-Krise.“ Die Gespräche zwischen Land und Bund stimmten ihn ebenfalls optimistisch. „Es gibt berechtigte Hoffnung auf eine Finanzierungsperspektive. Es wäre töricht, diese Perspektive heute faktisch auszuschlagen. Unser heutiger Landtagsbeschluss ist ein klares Signal an den Bund – je einvernehmlicher, desto besser.“ Natürlich könne man die Frage stellen, welche Auswirkungen die Freigabe der Gelder auf die Bürgschaften haben. Im Falle einer Insolvenz wären die finanziellen Folgen für das Land seiner Einschätzung nach jedoch größer, als das Risiko aus dem Öffnen der Locked Box.

„Die Summe für die Rettung der MV Werften ist unbestritten hoch, sehr hoch“, räumte **Henning Foerster** (DIE LINKE) ein. Mit der Freigabe der Gelder steige das Ausfallrisiko für das Land um den Faktor 3. Er könne verstehen, dass die Entscheidung auch auf Kritik stoßen werde. „Vor diesem Hintergrund ist es gut, dass es heute eine öffentliche Debatte dazu gibt.“ Er erinnerte daran, dass Genting seit Übernahme der Werften einen Milliardenbetrag investiert und ohne Diskussionen Tariflöhne gezahlt habe. Ein Aus für Wertstandorte wäre eine wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Katastrophe. Gleichwohl mahne die Vergangenheit auch zur Vorsicht. „Alte Fehler sollten nicht wiederholt werden.“ Er begrüßte daher, die Freigabe der Gelder an Bedingungen wie mehr Klima- und Umweltschutz zu knüpfen und mehr Eigenleistungen einzufordern. „Nur 20 bis 30 Prozent der Wertschöpfung findet auf den Werften statt, 70 bis 80 Prozent dagegen extern.“ Deutliche Worte richtete er auch an die Banken, die der Geldentnahme ebenfalls zustimmen müssen: „Während der Finanzkrise hat der Staat Sie gerettet! Jetzt sind Sie dran, mitzuhelfen, dass es auf den Werften weitergehen kann.“

Das Engagement von Genting seit Übernahme der Werften ist auch für die SPD ein wichtiger Grund, der Hilfe zuzustimmen. „Hier schmeißt man kein gutes Geld schlechtem hinterher, sondern man hilft dabei, dass gutes Geld als gutes Investment in diesem Land erhalten bleibt“,

argumentierte **Jochen Schulte** (SPD). Im Gegensatz zu früheren Werfthilfen gehe es hier um ein Unternehmen, das nicht gesund werden, sondern gesund bleiben müsse. Davon profitierten nicht nur die drei Standorte, sondern auch alle Zuliefererbetriebe. Er begrüßte, dass die Landesregierung neben dem Finanzausschuss auch den gesamten Landtag in die Entscheidung einbinde. Das unterstreiche die einheitliche Position der Landespolitik und sende klare Signale. An die Banken. Und an den Bund. Von ihm erwarte er, dass er sich nicht nur für die Rettung einer Lufthansa AG oder von Automobilkonzernen einsetzt, sondern auch für den Schiffbau. „Er ist für dieses Land, aber auch für Teile Niedersachsens mindestens genauso wichtig wie vielleicht die Lufthansa AG für die Rhein-Main-Region.“ Deswegen gehörten auch die Werften in den Wirtschaftsstabilisierungsfonds.

Wirtschaftsminister **Harry Glawe** (CDU) lobte Genting als verlässlichen Partner, der stets Wort gehalten habe. Bis heute habe der Konzern 1,6 Milliarden Euro in MV investiert, unter anderem in Gebäude, Technik und Tariflöhne. „Kein Investor vorher hat das aufgebracht.“ Nun sei die Genting-Gruppe wie viele andere Unternehmen auch unverschuldet in Schwierigkeiten geraten. Er betonte, dass neben dem Land auch 17 Banken der Geldfreigabe zustimmen müssen. Der Minister versicherte, dass jede Rechnung genau geprüft und direkt an den Empfänger beglichen werde. „Es wird nicht das gesamte Geld sofort wie 1996 an einen ominösen Ort geschickt.“ Im nächsten Schritt gehe es darum, die beantragten Hilfen – 570 Millionen Euro – aus dem Wirtschaftsstabilisierungsfonds des Bundes zu erreichen. Hier erwarte er noch schwere Verhandlungen. Wichtig sei, dass Genting jetzt seine Hausaufgaben erledige und ein Zukunftskonzept sowie diverse Gutachten erstelle.

Der Landtag hat den Antrag der Landesregierung einstimmig angenommen. Die Abgeordneten Prof. Dr. Ralph Weber und Jörg Kröger (beide AfD) haben an der Abstimmung nicht teilgenommen. Prof. Dr. Ralph Weber begründete dies in einer persönlichen Erklärung mit einer fehlenden Arbeitsplatzgarantie. Für Jörg Kröger steckte hinter dem Antrag „sehr



Die MV Werften sind der größte Arbeitgeber der Schiffsbaubranche in MV. Foto: Jens Büttner

viel Emotion und eine ganz dünne Faktenlage“. Das hätte ihn nicht mit einem guten Bauchgefühl in die Sommerpause gehen lassen.

Am 29. Juni gaben auch die Banken die benötigten 175 Millionen Euro aus der Sicherheitsreserve frei.

Antrag Landesregierung
Drucksache 7/5107

MV Werften

Die Werften in Wismar, Rostock/Warnemünde und Stralsund gehören seit Frühjahr 2016 als „MV Werften“ zu Genting Hong Kong. Der Konzern hatte die Standorte von Nordic Yards übernommen. Kaufpreis: 240 Millionen Euro. Neben den finanziellen Mitteln brachte der asiatische Konzern damals auch Aufträge mit. Seit der Übernahme wuchs die Belegschaft nach Angaben des Wirtschaftsministeriums von weniger als 2.000 auf 3.100 Mitarbeiter. Die Investitionen beliefen sich inzwischen auf 1,6 Milliarden Euro. Kerngeschäft sind die Entwicklung und der Bau von Kreuzfahrtschiffen.

(Hauptquelle: Wirtschaftsministerium)



Foto: Cornelius Kettler

Die Mitglieder des Petitionsausschusses v.l.n.r.: Eva-Maria Kröger (DIE LINKE), Thomas Würdisch (SPD), Nils Saemann (SPD), Christian Brade (SPD), Vorsitzender Manfred Dachner (SPD), Stephan J. Reuken (AfD), Maika Friemann-Jennert (CDU), Jens-Holger Schneider (AfD), Burkhard Lenz (CDU) - nicht auf dem Bild: Christiane Berg (CDU), Karen Larisch (DIE LINKE)

Was die Bürger bewegt

410 neue Eingaben:
Petitionsausschuss stellt
Jahresbericht für 2019 vor

■ Ärger über doppelte Rundfunkbeiträge, Personalnot in der JVA Bützow, laute Festivals, Windeignungsgebiete und die Abfuhr gelber Säcke – das sind nur einige Anliegen, mit denen sich Bürger im vergangenen Jahr an den Petitionsausschuss des Landtages gewandt haben. Insgesamt erreichten ihn 410 neue Bitten und Beschwerden. Als Einzelzuschriften, über Massen- oder Sammelpetitionen. Dahinter verbergen sich mehr als 5.500 Menschen, die von ihrem verfassungsrechtlich verankerten Petitionsrecht Gebrauch gemacht haben.

Manfred Dachner (Ausschussvorsitzender) bezeichnete den Petitionsausschuss als Seismografen dafür, was die Bürger bewegt und wie sie auf politische Beschlüsse reagieren. „Lebendige Demokratie braucht die Anregungen und die Kritik der Menschen.“ Die Anliegen ernst zu nehmen, ihnen nachzugehen sei Kern der Petitionsarbeit. „Das heißt nicht, dass wir alles erfüllen, was gefordert wird. Es geht darum: Wie reagieren wir darauf?“ Im Bemühen, die Sachverhalte zu klären, wünsche er sich manchmal mehr Kompromissbereitschaft seitens der Behörden.

Der Jahresbericht unterstreiche einmal mehr die Wichtigkeit des Petitionsausschusses, führte **Thomas Würdisch** (SPD) an. Viele Petitionen seien auch eine Rückkopplung der Bürger an den Gesetzgeber: „Sie in den Fachausschüssen haben vorwiegend mit der Entstehung und Evaluierung von Gesetzen zu tun. Wir hingegen erhalten Hinweise, wie diese sich dann letztlich vor Ort auswirken.“ Er appellierte an die Abgeordneten, sich intensiv mit den Überweisungen des Pe-

titionsausschusses zu beschäftigen. „Wir können von den Hinweisen der Bürgerinnen und Bürger sehr viel lernen.“

Stephan J. Reuken (AfD) verwies darauf, dass die Zahl der Petitionen im Vergleich zum Vorjahr um rund 250 gesunken sei. „Es scheint auf den ersten Blick so, dass viele Bürger aus MV enttäuscht sind vom Petitionsverfahren oder es gar für wirkungslos halten.“ Dabei seien manche Rechtslücken oder behördliche Fehlentscheidungen allein durch die Nachfrage des Petitionsausschusses gelöst worden. Sein Appell an die Bürger: „Meckern Sie nicht in sich hinein, sondern schreiben Sie Petitionen! Zeigen Sie der Politik, wo der Schuh drückt!“

Maika Friemann-Jennert (CDU) konzentrierte sich auf die Petition zur Festung Dömitz. Die darin geforderte Übernahme des Bauwerks in Landeseigentum lehne das Land zwar ab. „Im Ergebnis der Beratungen sagte der Finanzminister aber eine Unterstützung bei der Förderung und Entwicklung eines Nutzungskonzepts zu.“ Sie legte allen Abgeordne-

ten die Berichte des Petitionsausschusses ans Herz. „Sie beinhalten wirklich alle Lebenslagen. Und wenn man denkt, man hätte schon alles gehört, man wüsste schon alles, dann wird man eines Besseren belehrt.“

Karen Larisch (DIE LINKE) machte deutlich, dass sich der Unmut der Bürger nicht immer auf behördliche Entscheidungen an sich beziehe, sondern auch auf die Art und Weise, wie sie erlassen werden. „Eine achtungsvolle Sprache ist oft zu vermissen, und auch die Dauer von Verwaltungsentscheidungen steht immer wieder in der Kritik.“ Das vermittele ein Gefühl von Ignoranz. „Darum ist es umso wichtiger, dass es das Jedermanns-Recht der Beschwerde und der Petitionen gibt.“ Sie würde sich wünschen, Petenten auch im Ausschuss anhören zu können.

Für **Manfred Dachner** (SPD) zog die AfD die falschen Schlüsse aus den rückläufigen Zahlen. In den vergangenen 20 Jahren hätten die Petitionen immer geschwankt. Jahre mit vielen Petitionen seien in der Regel direkt mit politischen Entscheidungen und daraus resultierender Unzufriedenheit verbunden. „Wenn Sie morgen Bahnstrecken stilllegen, was denken Sie, wie viele Petitionen Sie haben!“ Auch die politischen Entscheidungen in der Corona-Pandemie werden die Zahl der Eingaben wieder erhöhen. „Daraus kann man die lebhafteste Demokratie sehen.“

Am Ende der Debatte stimmte der Landtag dem Tätigkeitsbericht einstimmig zu. *Tätigkeitsbericht Petitionsausschuss Drucksache 7/4799*

151 Petitionen in sechs Monaten

Der Landtag hat sich in seiner letzten Sitzung vor der Sommerpause noch ein zweites Mal mit der Arbeit des Petitionsausschusses befasst. Dabei ging es um die Petitionen, die er zwischen 1. November 2019 und 30. April 2020 abschließend beraten hat. Laut Petitions- und Bürgerbeauftragtengesetz des Landes muss der Ausschuss seine Beschlussempfehlung dem Landtag zur Abstimmung vorlegen. Von den 151 behandelten Petitionen wurde in 117 Fällen ein Sachbeschluss gefasst, 19-mal gänzlich

Petitionsausschuss



Wie läuft ein Petitionsverfahren ab?



www.landtag-mv.de

im Sinne der Petenten, erläuterte der Ausschussvorsitzende, Manfred Dachner. 21 Eingaben wurden an den Deutschen Bundestag weitergeleitet. 21 Petitionen konnten aufgrund von Formfehlern oder fehlender Befugnisse nicht behandelt werden. Die Beschlussempfehlung wurde einstimmig angenommen.

Ein konkretes Beispiel für eine Petition, die mit dieser Beschlussempfehlung abgeschlossen wurde, finden sie auf Seite 15.

Beschlussempfehlung und Bericht Petitionsausschuss Drucksache 7/5028 Änderungsantrag Manfred Dachner, Fraktion SPD Drucksache 7/5073

Ein Recht für alle!

Was ist eine Petition?

Wer mit Entscheidungen von Behörden oder landesgesetzlichen Regelungen nicht einverstanden ist, kann sich an den Petitionsausschuss des Landtages wenden. Die Eingabe, also die Petition, muss aber nicht zwingend eine Beschwerde sein. Sie kann auch Vorschläge enthalten oder auf Missstände hinweisen. Der Einsender einer Petition wird Petent genannt.

Wer kann eine Petition einreichen?

Sich mit seinem Anliegen an den Ausschuss zu wenden, steht jedem frei. Das in der Landesverfassung (Artikel 10) verankerte Recht gilt für jeden – egal ob Erwachsener, Kind oder ausländischer Mitbürger, Einzelperson oder Gemeinschaft. Auch der Wohnsitz spielt keine Rolle. Die rechtlichen Grundlagen dafür sind die Landesverfassung und das Petitions- und Bürgerbeauftragengesetz.

Wie muss die Petition aussehen?

Eine Petition ist an keine Form gebunden. Sie muss lediglich schriftlich, unterschrieben und mit Absender eingereicht werden sowie ein konkretes Anliegen enthalten. Die Postadresse lautet: Landtag Mecklenburg-Vorpommern, Petitionsausschuss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin. Sie kann aber auch elektronisch eingereicht werden. Das Formular dazu gibt es hier: <https://www.petition.landtag-mv.de/petition/elektronische-uebermittelte-petition>. Petitionsverfahren sind für die Bürger kostenfrei.

Wann kann der Petitionsausschuss helfen – und wann nicht?

Der Petitionsausschuss kann tätig werden, wenn bei dem jeweiligen Problem die Landesregierung oder eine Landesbehörde zuständig ist. Eingaben, für die der Petitionsausschuss nicht zuständig ist, leitet er an die zuständige Stelle

weiter. Nicht tätig werden darf der Ausschuss, wenn der Eingriff in ein schwebendes Gerichtsverfahren oder die Überprüfung einer richterlichen Entscheidung verlangt wird. Auch bei privatrechtlichen Auseinandersetzungen – beispielsweise im Nachbarrecht – kann er nicht tätig werden.

Ich habe eine Petition eingereicht. Und dann?

Um den Sachverhalt zu klären, holt der Ausschuss Stellungnahmen der zuständigen Ministerien oder nachgeordneten Behörden ein – auf die die Petenten dann wiederum reagieren können. Mitunter ist es auch nötig, Akten anzufordern, Regierungsvertreter anzuhören oder sich vor Ort selbst ein Bild zu machen, bis sich Puzzle für Puzzle ein Gesamtbild und Prüfergebnis ergibt. Eine Arbeit, die ohne die akribische Unterstützung der Petitionsverwaltung kaum zu bewältigen wäre.

Wie setzt sich der Petitionsausschuss zusammen?

Ihm gehören elf Landtagsabgeordnete aus allen Fraktionen an. Die genaue Verteilung richtet sich nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen. Dadurch ergeben sich für die SPD vier Sitze, für die CDU drei, für die AfD und DIE LINKE je zwei Sitze.

Habe ich einen Anspruch auf die Umsetzung meines Anliegens?

Nein. Allerdings haben Petenten Anspruch auf die gewissenhafte Prüfung des Anliegens. Im Ergebnis kann das Verfahren im Sinne des Petenten enden, zu einem Kompromiss führen oder an der beanstandeten Entscheidung festhalten. Wichtig: Der Petitionsausschuss kann lediglich Empfehlungen aussprechen. Ein Weisungsrecht gegenüber Behörden hat er nicht. Kommt er zu dem Ergebnis, dass eine behördliche Entscheidung geändert wer-

den sollte, empfiehlt er dem Landtag, die Petition an die Landesregierung zu überweisen. Will der Petitionsausschuss erreichen, dass die Landesregierung die Petition in Gesetzesvorhaben, Verordnungen oder Initiativen einbezieht, empfiehlt er ebenfalls eine Überweisung. Die Landesregierung ist anschließend verpflichtet, dem Petitionsausschuss über den weiteren Umgang mit der Petition zu berichten. Die Petition kann auch als Anregung für parlamentarische Initiativen an die Fraktionen weitergeleitet werden.

Wussten Sie?

Die Corona-bedingten Einschränkungen hatten auch Auswirkungen auf die Arbeitsweise des Petitionsausschusses: Sämtliche Ausschussdokumente, vor allem Petitionsakten, aber auch Protokolle und weitere Unterlagen, werden den Ausschussmitgliedern zukünftig ausschließlich in digitaler Form in einem virtuellen Hochsicherheitsfach zur Verfügung gestellt. Früher wurden diese Dokumente in Papierform verteilt, um die Ausschusssitzungen vorzubereiten. In der Regel werden pro Sitzung ca. 15 Petitionen bearbeitet, wobei eine Petitionsakte zwischen 20 und 50 Seiten, mitunter aber auch 100 Seiten und mehr umfasst. Pro Ausschusssitzung fielen daher zwischen 5 000 und 6 000 Seiten Papier an, die nun eingespart werden.

Kostenloser Schulbus

vom Früh-Hort zur Grundschule

■ Mehrere Eltern aus dem Landkreis Mecklenburgische Seenplatte wandten sich im September 2019 gemeinsam an den Petitionsausschuss und forderten, dass ihre Kinder den Schulbus vom Früh-Hort zur örtlich zuständigen Grundschule kostenfrei nutzen dürfen. Bislang müssen sie für die Busfahrt Fahrtkosten an den Landkreis zahlen.

Die Kinder werden früh morgens von ihren berufstätigen Eltern in den Früh-Hort gebracht und fahren später vom Hort mit dem Schulbus in den Nachbarort zu ihrer Grundschule. Zwar sind die Landkreise zur kostenlosen Schülerbeförderung verpflichtet, dies gilt laut Schulgesetz jedoch nur für die Fahrt

vom Wohnort zur Grundschule. Obwohl die Busverbindung eingerichtet ist und auch genügend freie Plätze vorhanden sind, fordert der Landkreis Mecklenburgische Seenplatte für die Fahrt vom Früh-Hort zur zuständigen Grundschule 60 Euro monatlich für jedes Kind. Der Petitionsausschuss ist jedoch der Auffassung, dass der Zweck der kostenlosen Schülerbeförderung gerade darin liegt, dass alle Schulkinder unabhängig von ihren Eltern zur zuständigen Schule kommen können. „Um Familie und Beruf besser vereinbaren zu können, muss das auch dann gelten, wenn die Kinder statt von ihrem Wohnort von ihrem Früh-Hort zur Schule fahren. Daher haben wir dem Landtag empfohlen, die Petition der Landesregierung zu überweisen, um hier Abhilfe zu schaffen.“, so Manfred Dachner.

Nach Auffassung des Petitionsausschusses besteht hierfür auch eine Rechtsgrundlage, da die Schülerbeförderungssatzung des Landkreises in Einzelfällen Ausnahmen zulässt. Für den Fall, dass der Landkreis bei seiner Ablehnung bleibt, empfiehlt der Petitionsausschuss,

die kostenlose Beförderung von den Horten zu den jeweils örtlich zuständigen Grundschulen auf Landesebene zu realisieren, gegebenenfalls durch eine Gesetzesänderung.

Der Landtag ist dieser Beschlussempfehlung in seiner Sitzung am 10. Juni 2020 gefolgt und hat die Petition der Landesregierung überwiesen, die innerhalb von sechs Wochen darüber berichten musste, was sie in dieser Angelegenheit unternommen hat. In diesem nun vorliegenden Bericht hat die Staatskanzlei ausgeführt, dass allein der Landkreis im Rahmen seiner kommunalen Selbstverwaltung darüber entscheidet, ob er die Kinder kostenlos vom Früh-Hort zur Grundschule befördert. Die Landesregierung sei hier nicht zuständig. Für eine Gesetzesänderung habe es bisher keinen Anlass gegeben, da es sich um einen Einzelfall handelt. Zu beachten sei, so die Staatskanzlei, dass eine entsprechende Änderung des Schulgesetzes einen landesweiten Rechtsanspruch auslösen würde, der auch finanziert werden müsse.

Dringlichkeitsantrag der AfD

Foto: Landtag MV



Barbara Borchardt

Barbara Borchardt bleibt Richterin am Landesverfassungsgericht.

Die AfD hatte gefordert, die Linkspolitikerin aus dem Amt abzurufen. Die Oppositionsfraktion begründete das mit Borchardts Äußerungen zu den Mauertoten in der DDR und ihrer Mitgliedschaft in der sogenannten „Antikapitalistischen Linken“, einer Gruppierung, die vom Bundesverfassungsschutz beobachtet werde und unter anderem einen grundsätzlichen Systemwechsel

fordere. Das mache sie für das Amt einer Verfassungsrichterin untragbar.

Der AfD gehe es längst nicht mehr um die Personalie Borchardt, sondern nur noch darum, der CDU „richtig einen mitzugeben“, entgegnete Peter Ritter (DIE LINKE). Er distanzierte sich ausdrücklich von der Auffassung, dass die Mauer alternativlos gewesen sei. Für einen Systemwechsel einzutreten, stehe indes nicht im Widerspruch zum Grundgesetz.

Jochen Schulte (SPD) unterstrich, die politischen Auffassungen von Frau Borchardt nicht zu teilen. Das könne aber kein Maßstab sein, um jemanden aus dem Amt zu heben. Maßgeblich sei, wie jemand zum Grundgesetz stehe. Für ihn gebe es bisher keinen Anhaltspunkt, dass die ehemalige Landtagsabgeordnete nicht auf dem Boden des Grundgesetzes stehe.

Für die fraktionslose Abgeordnete Christel Weißig lasse sich der Landtag von den Linken vorführen. Ein überzeugtes

Mitglied der Antikapitalistischen Linken als Verfassungsrichterin zu wählen, habe etwas von Masochismus.

Der fraktionslose Abgeordnete Holger Arppe plädierte dafür, die Wahl der Richter fürs Landesverfassungsgericht den Bürgern zu überlassen und damit transparenter zu machen.

Torsten Renz (CDU) warf der AfD ein schmutziges, politisches Spiel vor. Viele der erhobenen Vorwürfe seien bisweilen seit Jahren bekannt. Barbara Borchardt wurde am 15. Mai 2020 mit 50 Stimmen vom Landtag zur Landesverfassungsrichterin gewählt.

Der Antrag der AfD wurde in der Junisitzung nachträglich auf die Tagesordnung gesetzt. An der beantragten namentlichen Abstimmung nahmen 61 Abgeordnete teil. 15 votierten für eine Abberufung, 46 stimmten dagegen.

Antrag AfD Drucksache 7/5081

DDR-Unrecht nicht zu rechtfertigen

Landtag debattierte über die Wunden der deutschen Teilung

■ 2020 – ein Jubiläumsjahr. Ein Jahr, in dem viele Einrichtungen und Institutionen ihren 30. Geburtstag feiern. Sogar unser Bundesland Mecklenburg-Vorpommern. Der Ursprung hierfür: die Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990. 2020 ist auch ein Jahr der Erinnerungen. Und der Aufarbeitung, zum Beispiel über die DDR und ihre Folgen. Die Position des Landtages ist eindeutig und einstimmig: Die Verbrechen der DDR sind nicht relativierbar. Dass der Landtag auf Initiative der CDU schon Monate vor dem Jahrestag darüber debattierte, hing mit der Wahl von Barbara Borchardt im Mai zur Landesverfassungsrichterin zusammen. Der Antrag wurde kurzfristig als Zusatzpunkt auf die Tagesordnung gesetzt.

Die Wahl habe im Anschluss dazu geführt, „dass eine Repräsentantin unseres demokratischen Systems den Bau der Mauer politisch rechtfertigt“ und damit den Tod hunderter Menschen, die bei Fluchtversuchen starben, relativiert habe. „Das ist völlig inakzeptabel“, begründete **Torsten Renz**, CDU-Fraktionschef, den Antrag. Die Mauer habe sich explizit gegen die individuellen Freiheitsrechte der eigenen Bürger gerichtet und sei keinesfalls ein notwendiges Übel gewesen. Wer die Mauer heute relativiere, tue dies aus Borniertheit und wider besseren Wissens, so Renz. „Ich erwarte von jedem Verantwortungsträger in unserem Land, dass er sich kritisch mit der deutsch-deutschen Geschichte auseinandersetzt und Geschichtsfälschung unterlässt. Und das gilt insbesondere für Mitglieder des Landesverfassungsgerichts.“

Ralf Borschke (AfD) bezeichnete den Antrag als Nebelkerze. „Ohne unseren Dringlichkeitsantrag hätte es Ihren An-

trag heute gar nicht gegeben“, zeigte er sich überzeugt. „Sie wollen damit ablenken von Ihrem politischen und moralischen Versagen im Kampf gegen Extremismus.“ Beteuerungen und Handeln der Christdemokraten stünden „im krassen Widerspruch“ zueinander. „Dass Sie diese Wahl mittragen, ist beschämend.“ Das System der DDR sei verbrecherisch und menschenverachtend gewesen. Die Wahl Borchardts verhöhne alle Opfer der Gewaltdiktatur. „Leider müssen wir feststellen, dass es heute immer mehr Versuche gibt, die Verbrechen der DDR zu relativieren. Ihr Antrag unterstützt die Sichtweise vieler heutiger Sozialisten.“ Für ihn gelte heute wieder mehr denn je: „Freiheit statt Sozialismus“, so Borschke.

Jeden Versuch, das DDR-Unrecht, die Not, das Leid, die Todesfälle, die monströsen Grenzanlagen zu relativieren, lehne seine Fraktion aus voller Überzeugung ab, bekräftigte auch **Thomas Krüger**, Fraktionschef der SPD. In den Saal zu brüllen, werde dem Thema aber nicht gerecht. „Ich rate uns allen, mit kühlem Kopf die Dinge zu betrachten.“ Die deutsch-deutsche Teilung präge das Leben vieler Menschen bis heute. „30 Jahre nach der Überwindung der deutschen Teilung kommt es darauf an, dass wir uns alle darum bemühen, die Unterschiedlichkeit der Erfahrungen anzuerkennen.“ Er wundere sich, dass gerade die AfD Extremismuskritik erhebe – eine Fraktion, die selbst tief im rechtsextremistischen Sumpf stecke und ein ungeklärtes Verhältnis zum NS-System habe. „Aus meiner Sicht hat eine solche Fraktion kein Recht, anderen eine Lektion in Geschichte und Extremismus zu erteilen.“

Kein Staat habe das Recht, Mauern zu errichten und Freiheiten einzuschränken, sagte **Simone Oldenburg**, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE. Das errichte Barrikaden in Köpfen und Seelen und erzeuge Misstrauen, Angst und Hass. „Jedes System, das Mauern errichtet hat, ist gescheitert.“ Eltern von ihren Kindern zu trennen oder Menschen, die in einem anderen Land leben wollen, zu töten, sei durch nichts zu entschuldigen. „Eine Mauer trennt, spaltet und tötet. Das kann und darf niemals linke Politik sein, deren Grundidee die Menschlich-



Besucher stehen am originalen Drahtzaun der Grenzsicherungsanlagen im Museum nahe des früheren Grenzübergangs Schlutup.

Foto: Jens Büttner

keit ist. Es ist unsere Verpflichtung, uns beständig und glaubwürdig dieser Verantwortung zu stellen.“ Das mache DIE LINKE seit über 30 Jahren. „Und dieser Verantwortung werden wir uns auch jeden weiteren Tag stellen.“

„Dieser Antrag ist eine Farce“, meinte **Holger Arppe** (fraktionslos). Dass die CDU Barbara Borchardt mitgewählt habe, sei ein „eiskalt kalkulierter Tabubruch“ gewesen, um die Linkspartei und deren Ideologie zu enttabuisieren und auch für die CDU koalitionsfähig zu machen. Er warf den Christdemokraten vor, den Antrag allein auf die Mauer reduziert zu haben, ohne das System dahinter infrage zu stellen. Einem solchen Antrag könne er nicht zustimmen.

Während der Aussprache meldeten sich noch weitere Redner zu Wort. Die vollständigen Redebeiträge finden Sie zum Nachlesen auf der Website des Landtags (Parlamentsdokumente/Plenarprotokolle) oder zum Nachhören auf dem YouTube-Kanal unter www.landtag-mv.de. Am Ende der Debatte stimmten SPD, CDU, DIE LINKE, einige Abgeordnete der AfD sowie die fraktionslose Abgeordnete Christel Weißig dem Antrag zu. Vier AfD-Abgeordnete stimmten dagegen. Der fraktionslose Abgeordnete Holger Arppe enthielt sich.

Antrag CDU/SPD Drucksache 7/5082

30 Jahre Nationalparks

DIE LINKE fordert mehr Personal, Geld und Forschung

■ Müritz. Jasmund. Vorpommersche Boddenlandschaft. Kein anderes Bundesland besitzt so viele Nationalparks wie MV. Entstanden sind sie in einem historischen Beschluss: Wenige Tage vor dem Ende der DDR, am 12. September 1990, stellte der Ministerrat republikweit 14 Naturräume unter Schutz. Und schrieb damit in den letzten Minuten seiner letzten Sitzung Naturschutzgeschichte. Heute sind die drei Nationalparks zusammen mit weiteren Schutzgebieten identitätsstiftend für unser Bundesland. Und ein großer Wirtschaftsfaktor. Nach Auffassung der Linken müsse das Land seinen Verpflichtungen gegenüber dieser Landschaftserbe stärker als bisher nachkommen. Mit mehr Personal, Geld, Forschung, Öffentlichkeitsarbeit und Umweltbildung. Forderungen, die auch der Landesumweltminister begrüßte, aber keine Unterstützung bei SPD und CDU fanden.

Die Naturlandschaften unter Schutz zu stellen, sei ein Glücksfall für MV gewesen und habe den Grundstein für viele weitere Schutzgebiete gelegt, resümierte **Dr. Mignon Schwenke** (DIE LINKE). „Aktuell sind 284 Naturschutzgebiete eingerichtet und es gibt über 600 Naturdenkmale.“ Auf diese Zahlen könne man stolz sein. „Sie sind aber auch eine große Verpflichtung für uns.“ Denn: Wirtschaftliche Bedeutung und Naturschutz stünden hier stets in einem Spannungsfeld. Der Personalabbau der vergangenen Jahre führe jedoch zu hohen Krankenständen und steigenden Arbeitsbelastungen in den Naturparkverwaltungen und lasse eine qualifizierte Betreuung und Information der Besucher nicht mehr zu. „Die Vereinbarkeit von Naturerleben und Naturschutz sehen wir in allen drei Nationalparks akut gefährdet.“ Barrierefreie Internetseiten, Info-Flyer, aktuelle Beschilderungen und Wegweiser, auskömmliche



Foto: Cornelius Kettler

Am Ufer des Burgsees in Schwerin präsentiert eine Open-Air-Ausstellung die Naturschönheiten in MV.

Öffnungszeiten – das und vieles mehr scheitere an fehlenden Geldern. Hier müsse gegengesteuert werden.

Mehr für das Verständnis von Natur- und Umweltschutz zu tun – das hält auch Umweltminister **Dr. Till Backhaus** (SPD) für geboten. „Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr.“ Er räumte ein, dass das Streben nach einem ausgeglichenen Haushalt in den vergangenen Jahren zu Lasten der Personalentwicklung gegangen sei. Den Rückgang der Mitarbeiter beziffert er auf über 30 Prozent. Die Einrichtungen auf den Stand zu bringen, auf dem sie heute stehen, habe erhebliche personelle und finanzielle Kraftanstrengungen gekostet. Der Wunschzettel der Linken sei daher auch sein Wunschzettel. „Mehr Personal, mehr Geld, mehr Öffentlichkeitsarbeit, mehr Umweltbildung, mehr Forschung und eine ressortübergreifende Zusammenarbeit – da müssen wir zulegen.“ Er sieht dabei aber nicht nur das Land in der Pflicht. „Wir brauchen eine Gemeinschaftsaufgabe Klima- und Umweltschutz innerhalb der Bundesrepublik Deutschland“, die natur- und umweltschutzbewusste Länder mit zusätzlichen Mitteln belohne.

Ralf Borschke (AfD) sprach von einem vernünftigen Antrag. Mehr Arbeitsplätze in Nationalparkverwaltungen zu schaffen, stärke den ländlichen Raum. Dem stehe aber der vom Land verordnete Personalabbau in Verwaltungen gegenüber. „Es gilt daher zu prüfen, in-

wieweit ein Personalabbau an anderer Stelle dem Personalaufwuchs in den Nationalparkverwaltungen zugutekommen kann.“ Die Arbeit der Nationalparks wissenschaftlich zu begleiten, halte er für selbstverständlich. Dabei dürften kritische Betrachtungen aber nicht ausgeschlossen werden. Als Beispiel nannte er Untersuchungen zu den Auswirkungen von Robben oder Windparks auf Fischbestände. Gerade in puncto Energiepolitik werde der Naturschutzgedanke nach seinem Dafürhalten missbraucht. „Man denke nur an die zahlreichen Greifvögel, die in den Windkraftanlagen geschreddert werden.“ Für bedrohte Tierarten wie sie seien die Nationalparks inzwischen wichtige Rückzugsräume geworden.

Burkhard Lenz (CDU) fasste den Antrag als ein Dankeschön an die CDU auf. Schließlich sei es die erste, CDU-geführte Landesregierung gewesen, die das Nationalparkprogramm der DDR-Volkskammer übernommen und weitergeführt habe. Natürlich könne er verstehen, dass der Minister gern mehr Personal und Geld hätte. Er empfahl jedoch, erst einmal bestehende Doppelstrukturen abzubauen. Den Nationalparks und Biosphärenreservaten riet er als Einnahmequelle zu Unternehmenspartnerschaften. So praktiziere er das auch mit seiner Firma im Biosphärenreservat Südost-Rügen. Von einem interministeriellen Arbeitskreis hielt er nichts. „Die anderen Ministerien müssen auch an ihren Aufgaben arbeiten.“ Kritik übte er zudem am Vorschlag, finanzielle Voraussetzungen für mehr

Kunst- und Erlebnisobjekte zu schaffen. Dafür seien noch zu viele katasterrechtliche Fragen offen. Darüber hinaus vermisste er einen Blick auf Einwohner und die Nutzer von Land- und Wasserflächen. „Deshalb lehnen wir Ihren Antrag ab.“

Dass die Geschichte der Nationalparks eine Erfolgsgeschichte sei, liege auf der Hand. Das müsse der Landtag nicht extra beteuern, meinte **Thomas Würdich** (SPD). Wie hoch ist der Finanzbedarf? Wie viel Personal wird benötigt? Und wozu eine interministerielle Arbeitsgruppe? Antworten darauf bleibe der Antrag schuldig. Für ihn sehe das nach undifferenzierten Aufstockungen aus, die sich nicht an einem tatsächlichen Bedarf orientierten. „Wir kennen immer wieder diese Rufe: Es kommt zu spät, es kommt zu wenig, es ist nicht von Dauer.“ Er erinnerte daran, dass im Strategiefonds 300.000 Euro für Schutzgebiete eingestellt seien. „Das ist doch sehr gut angelegtes Geld.“ Mehr gehe natürlich immer. „Der Minister hat die Vorstellungen auf seinem Wunschzettel mitgenommen. Wir können sicher sein, dass es da auch zu Veränderungen kommt.“

Dr. Mignon Schwenke (DIE LINKE) warf der SPD vor, das Klein-Klein gesucht zu haben, um den Antrag abzulehnen. „Nach der Rede Ihres Ministers hätten Sie eigentlich sagen müssen: Ja, in den nächsten Haushaltsverhandlungen setzen wir uns dafür ein, dass es mehr Geld für den Natur- und Umweltschutz gibt.“ Sich selbst um zusätzliche Gelder zu bemühen, sei nicht nur auf Rügen gelebter Alltag. Kein Großschutzgebiet komme ohne Spenden über die Runde. Der Antrag wende sich ganz bewusst

an die Landesregierung. Mehr Personal, mehr Geld, mehr Forschung – all das liege in ihrer Zuständigkeit. In Zeiten wie diesen wollten viele Menschen, auch in der Politik, nichts über Natur- und Umweltschutz hören. „Aber das Problem ist nicht weg.“ Ihr Appell: „Nutzen wir den 30. Geburtstag unserer Nationalparks, um das Bewusstsein zu stärken, wie wichtig sie uns sind!“

Antrag DIE LINKE Drucksache 7/4933

Stichwort: Großschutzgebiete

Nationalparks, Biosphärenreservate und Naturparks werden aufgrund ihrer Fläche auch als Großschutzgebiete bezeichnet. In MV gibt es drei Nationalparks (Müritz-Nationalpark, Nationalpark Vorpommersche Boddenlandschaft und Nationalpark Jasmund), drei Biosphärenreservate (Südost-Rügen, Schaalsee, Flusslandschaft Elbe-Mecklenburg-Vorpommern) sowie sieben Naturparks (Am Stettiner Haff, Feldberger Seenlandschaft, Mecklenburgische Schweiz und Kummerower See, Nossen-

tinier/Schwinzer Heide, Sternberger Seenland, Flusslandschaft Peenetal und Insel Usedom). Hinzu kommen 272 Naturschutzgebiete sowie hunderte Naturdenkmale. Nach Angaben von Umweltminister Dr. Till Backhaus ziehen die Großschutzgebiete jährlich fast 6 Millionen Besucher an. Ihr Umsatz belaufe sich auf rund 358 Millionen Euro. Das entspreche 30 Prozent des Tourismus-Umsatzes.

(Quelle: Landesumweltministerium)

Weniger Förderschulen

AfD fordert Erhalt aller Einrichtungen

■ Als MV am 3. August ins neue Schuljahr startete, blieben an den Förderschulen mit dem Schwerpunkt Sprache die Türen geschlossen. Hintergrund ist das neue Schulgesetz und die damit verbundene Umsetzung von Inklusion. Der Grundgedanke: Kinder mit und ohne Handicap lernen gemeinsam. Im Zuge dessen sollen auch die Förderschulen mit dem Schwerpunkt Lernen bis August 2027 schrittweise aufgelöst werden. Die AfD hält das für falsch und forderte in der Juni-Sitzung, alle geplanten Schließungen rückgängig zu machen. Dazu legte sie sowohl einen Schulgesetzentwurf vor, als auch einen konkreten Antrag zum Erhalt aller Förderschulen.

„Aus der Praxis gibt es viele kritische Stimmen gegen diese Schulschließungen“, begründete **Jörg Kröger** (AfD) den Gesetzentwurf seiner Fraktion. „Das führt dazu, dass sich förderbedürftige Schüler, die sonst in kleinen Lerngruppen mit guter technischer Ausstattung von erfahrenen sonderpädagogisch ausgebildeten Lehrkräften unterrichtet worden wären, nun in sehr großen Klassen zurechtfinden müssen“ – und ihre Schwächen dann besonders spürten. Im Gegenzug müssten sich die Lehrer zu Lasten anderer Schüler über Gebühr auf ein Kind konzentrieren. Das bringe allen Beteiligten mehr Risiken als Nutzen. Selbst Bundesfamilienministerin Dr. Franziska Giffey habe sich bei einem Besuch der Förderschule in Neukloster skeptisch über die Schließungspläne gezeigt. „Dies ist uns Anlass, das Thema erneut zur Diskussion zu stellen.“

„Unser Antrag auf Erhalt aller Förderschulen ergibt sich als Folge aus unserem soeben eingebrachten Gesetzentwurf“, schloss **Jens-Holger Schneider** (AfD) an. Das bisherige För-

dersystem habe sich in der Praxis sehr gut bewährt. Mit ihren Erfahrungen im jeweiligen Förderschwerpunkt und kleinen Klassengrößen könnten Förderschulen viel individueller auf jedes einzelne Kind eingehen. „Das können Regelschulen nicht bieten.“ Freilich gebe es dazu auch andere Meinungen. „Diese Einzelstimmen dürfen aber nicht vorschnell als neueste Erkenntnis der Wissenschaft ausgegeben werden.“ Woher die Gelder für die Umsetzung der Inklusion, beispielsweise für bauliche und technische Veränderungen, Schulbegleiter oder Schulpsychologen kommen sollen, habe die Landesregierung bis heute nicht beantwortet.

„Mit unserer Inklusionsstrategie wollen wir dafür sorgen, dass alle Kinder und Jugendlichen eine bestmögliche individuelle Förderung an den Schulen erhalten“, entgegnete Bildungsministerin **Bettina Martin** (SPD). Die Forderungen der AfD seien eine Rolle rückwärts in eine Politik des Trennens und Aussortierens. „Das entspricht nicht meinem bildungspolitischen Verständnis.“ Um das

in der UN-Behindertenrechtskonvention festgeschriebene Recht auf inklusive Bildung umzusetzen, hätten die Schulen vier Jahre mehr Zeit als ursprünglich geplant. Die finanziellen Mittel dafür stünden unter anderem über ein 200-Millionen-Euro schweres Schulpaket sowie ein 325-Millionen-Euro schweres Sanierungsprogramm bereit. Sie betonte, dass es auch weiterhin Förderschulen geben werde. „Lediglich die Schulen mit den Förderschwerpunkten Sprache und Lernen werden aufgehoben.“

„Alle Menschen haben ein Recht auf gemeinsame Teilhabe am Leben“, betonte **Simone Oldenburg** (Fraktionschefin DIE LINKE). Der Gesetzentwurf der AfD trete dieses Recht jedoch mit Füßen. „Wer so agiert wie Sie, der hasst, der spaltet und der grenzt aus.“ Sie betonte, dass MV den Begriff Inklusion sehr weit fasse und auch die UN-Behindertenrechtskonvention keine hundertprozentige Inklusion vorsehe. „Allein die Eltern entscheiden, welche Schule ihr Kind besucht.“ Ein inklusives Schulsystem müsse diese Wahl ermöglichen. „Und das tut es auch.“

„Mit Rezepten von gestern die Zukunft von morgen gestalten“ – so umschrieb **Marc Reinhardt** (CDU) das Ansinnen der AfD. „Wir möchten Schulen weiterhin darin stärken, individuelle Förderung auch in den Regelschulen zu leben.“ Sowohl das bestehende Förderschulnetz als auch der verlängerte Zeitraum zur Umsetzung der Inklusionsstrategie zei-

ge, dass MV beim Thema Inklusion mit Augenmaß vorgehe. „Wir glauben, dass das am Ende der richtige Weg ist, allen Schülern gerecht zu werden.“ Das Land werde seine Inklusionsstrategie dabei auch ständig überprüfen und gegebenenfalls anpassen. „Deshalb bedarf es heute weder Ihres Antrags noch Ihres Gesetzentwurfs.“

Andreas Butzki (SPD) erinnerte daran, dass die Inklusionsstrategie mit sehr vielen Beteiligten entwickelt worden sei. „Dazu zählen die Eltern- und Lehrerverbände, Gewerkschaften und Unternehmervereinigungen, Behindertenvertretungen und Parteien unseres Landes.“ Der Konsens darüber sei groß. Er räumte ein, dass die geplanten Veränderungen auch zu Verunsicherungen in Schulen führten. „Auf diesen Zug will die AfD jetzt aufspringen.“ Natürlich habe Franziska Giffey Recht, dass Förderschulen erhalten bleiben müssen. „Das stellen wir doch gar nicht in Abrede“, sagte er und verwies auf den Fortbestand der Förderschulen in den Bereichen geistige Entwicklung, Sehen, Hören, körperliche und motorische Entwicklung, emotionale und soziale Entwicklung. Ihnen komme im Bildungssystem des Landes nach wie vor eine Leitfunktion zu.

Jens-Holger Schneider (AfD) warf den anderen Fraktionen vor, die UN-Behindertenrechtskonvention durch missverständliche Übersetzungen falsch auszulegen. Das gemeinsame Lernen von



Kinder mit und ohne Einschränkungen sollen zukünftig zusammen lernen.

Foto: Jens Büttner

behinderten und nicht behinderten Kindern werde darin an keiner Stelle gefordert. „Suchen Sie uns mal diese Formulierung!“ Aus seiner Sicht übertreibe es MV in der Auslegung des Papiers. „Unsere Schulen sind im Weltmaßstab vorbildlich, während Millionen behinderter Kinder überhaupt keine Schule besuchen können.“ Genau diese Kinder habe die Konvention im Blick und nicht Förderschulen. Er halte es für unmöglich, Lerninhalte auf Biegen und Brechen an Schüler vermitteln zu wollen, die gar nicht die kognitiven Fähigkeiten dazu hätten. Hinzu komme, dass das „Märchen von der Inklusion“ aus Mangel an Folgeangeboten häufig nach der Schule ende: Bei einem Bildungswerk zu arbeiten sei nicht zu vergleichen mit dem ersten Arbeitsmarkt.

Am Ende der Debatte stimmten SPD, CDU und DIE LINKE sowohl gegen den Antrag als auch die Überweisung des Gesetzentwurfs in die Fachausschüsse. Damit wird der Gesetzentwurf spätestens nach drei Monaten zur Zweiten Lesung auf die Tagesordnung gesetzt.

Gesetzentwurf AfD Drucksache 7/4996
Antrag AfD Drucksache 7/5002

Förderschulen in MV

Das Netz der Förderschulen im Land wird sich bis 2027 verändern. Ausgangspunkt dafür ist das im November 2019 vom Landtag beschlossene Schulgesetz. Die wichtigsten Änderungen im Überblick:

- Die Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt Sprache wurden zum 31. Juli 2020 geschlossen. Schüler, die in diesem Bereich einen besonderen Förderbedarf haben, lernen künftig in Lerngruppen an ausgewählten Grundschulen.
- Die Förderschulen mit den Förderschwerpunkten Lernen werden schrittweise bis zum 31. Juli 2027 aufgegeben. Davon betroffen sind laut Bildungsministerium 25 öffentliche Schulen. Betroffene Schüler sollen künftig ab Jahrgangsstufe 3 in Lerngruppen oder im Gemeinsamen Unterricht beschult werden.
- Die Förderschulen mit den Schwerpunkten Sehen, Hören, emotionale und soziale Entwicklung, körperliche und motorische Entwicklung, geistige Entwicklung und die Schulen für Kranke bleiben erhalten. Darüber hinaus werden 28 Schulen mit spezifischer Kompetenz eingerichtet. Sie sollen das Lernangebot für Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf im Bereich Sehen, Hören sowie körperliche und motorische Entwicklung ergänzen.

(Quelle: Bildungsministerium)

Unternehmer suchen Nachfolger

Nachfolgezentrale soll weiterhin gefördert werden

■ 55 – für Firmeninhaber ist das eine wichtige Zahl: Spätestens in diesem Alter sollen sie sich, so die Faustregel, erste Gedanken über die Nachfolge für ihr Unternehmen machen. Unterstützung dabei bietet in MV die Nachfolgezentrale. Ein Portal, das ähnlich wie eine Partnerbörse, Unternehmer und Nachfolger zusammenbringt. Das Land unterstützt diese Arbeit mit Geldern aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF). Ein Fördertopf, aus dem MV ab 2021 – dem Beginn der neuen Förderperiode – voraussichtlich weniger Geld erhalten wird. Auf Initiative der SPD stand die Nachfolgezentrale deshalb am 11. Juni im Fokus einer Landtagsdebatte. Das Plenum forderte die Landesregierung einstimmig auf, die Finanzierung der Einrichtung weiterhin sicherzustellen. Der von den Linken vorgeschlagene Zusatz, die Förderung auch gleichbleibend hoch zu halten, wurde darin nicht verankert.

Seit ihrer Gründung im Jahr 2015 habe die Nachfolgezentrale mehr als 500 Unternehmen geholfen, einen Nachfolger zu finden, unterstrich **Jochen Schulte** (SPD). „Ein erfolgreicher Weg“, den es fortzuführen gelte. Die Unternehmensnachfolge zu regeln, erweise sich neben der Sicherung von Fachkräften als große Herausforderung für den Mittelstand im Land. Die Corona-Krise mache die ohnehin schon schwierige Suche nach Firmennachfolgern nicht einfacher. „Deswegen haben wir, die Koalitionsfraktionen, diesen Antrag eingebracht.“ Mit dem Ziel, die Finanzierung aus den ESF-Mitteln weiterhin sicherzustellen und damit ein deutliches Signal zu senden – auch vor dem Hintergrund, dass die Vergabe von Geldern aus dem Strukturfonds in den kommenden Jahren nicht einfacher werden wird.

„Die Finanzierung ist bis 2020 gesichert“, betonte Wirtschaftsminister **Harry Glawe**. „Wir haben bereits entschieden, dass die ESF-Förderung verlängert wird.“ Konkret führte er dafür die Jahre 2021 und 2022 an. Nachfolger für Unternehmen zu finden, trage dazu bei, die Wirtschaft voranzubringen und Erreichtes zu bewahren. Das sei auch wichtig für die nächste Generation. „Natürlich brauchen wir auch dafür Finanzierungsquellen.“ Er dankte den Koalitionsfraktionen für den Antrag. „Ich denke, er wird noch weiter dazu beitragen, dass wir wirtschaftlich gemeinsam die Herausforderungen der Zukunft meistern können.“

Die Nachfolgezentrale stehe laut **Dirk Lerche** (AfD) vor großer Planungsunsicherheit. Seinen Informationen nach, wolle das Land seinen Kostenanteil von 70 auf 65 Prozent reduzieren. „Meine Fraktion hält das für das falsche Signal.“ Gerade jetzt, in Zeiten der Wirtschaftskrise, sollten Einrichtungen wie diese besonders unterstützt werden. Es sei damit zu rechnen, dass zusätzliche Unternehmer ihre Betriebe abgeben wollen und das Tagesgeschäft der Zentrale wachse. Seine Forderung: eine verlässliche Finanzierung für die nächsten fünf Jahre. Der Antrag sende diesbezüglich ein richtiges Signal. Verwundert zeigte er sich darüber, dass die Initiative dafür von der SPD ausgegangen sei. Seine Vermutung: Die CDU habe es verschlafen, ihrem Minister Rückenwind zu geben.

„Der Antrag ist wichtig und gut“, erwiderte **Wolfgang Waldmüller** (CDU). Von wem die Idee stamme, spiele keine Rolle. „Wir sind eine Koalition“ – zwischen die in Wirtschaftsangelegenheiten kein Blatt Papier passe. Die Schwierigkeit, Firmennachfolger zu finden, habe vor allem drei Ursachen: den demografischen Wandel, Abwanderungen und eine Vernachlässigung der dualen Ausbildung. In der Vergangenheit sei es mehr darum gegangen, junge Menschen für ein Studium zu begeistern. Hier steuere das Land zwar seit geraumer Zeit entgegen. Die duale Ausbildung habe aber nach wie vor ein Imageproblem. „Den Änderungsantrag der Linken brauchen wir nicht.“ Es gebe keinen Grund, die Förderung nicht auf ihrem bisherigen Niveau zu halten. „Das wird so bleiben.“

Die Linksfraktion bekannte sich ebenfalls zur Nachfolgezentrale. „In Mecklenburg-Vorpommern mit seinen vielen kleinen und mittelständischen Betrieben ist die Sicherung der Unternehmensnachfolge alles andere als ein Selbstläufer“, hob **Henning Foerster** (DIE LINKE) hervor. Er schlug vor, die jährlich erforderlichen Landesmittel von 200.000 Euro gegebenenfalls aus dem Strategiefonds zu bezahlen. „Aus wirtschaftspolitischer Sicht müsste die Unterstützung der Nachfolgezentrale ein Leuchtturmprojekt sein.“ Und strategisch wichtig, allemal. Er warb darum, der Landesregierung explizit mit auf den Weg zu geben, die Nachfolgezentrale auch in den kommenden Jahren in gleichbleibender Höhe zu fördern und lege einen entsprechenden Änderungsantrag vor.

Die breite Unterstützung des Koalitionsantrages sei ein deutliches Signal an die Unternehmerinnen und Unternehmer, die Nachfolgezentrale und die Kammern im Land. „Herzlichen Dank“, resümierte **Jochen Schulte** (SPD) die Debatte. Er habe Wolfgang Waldmüller soeben noch einmal auf den Änderungsantrag angesprochen. Für die CDU enthalte er jedoch keine wesentliche Änderung. Über Semantik habe er sich mit dem Koalitionspartner jetzt nicht streiten wollen. „Deswegen bleiben wir dabei, dass wir der Änderung so nicht zustimmen.“

Der Änderungsantrag der Linken wurde mit den Stimmen von SPD, CDU und der fraktionslosen Abgeordneten Christel Weißig abgelehnt. Die AfD stimmte bei einer Enthaltung dem Vorschlag zu. Der fraktionslose Abgeordnete Holger Arppe enthielt sich. Der Antrag von SPD und CDU wurde einstimmig angenommen.

*Antrag SPD/CDU Drucksache 7/5014
Änderungsantrag DIE LINKE
Drucksache 7/5086*

Meldungen

Neue Pachtkriterien geplant

■ Pächter landeseigener Agrarflächen können nicht mehr darauf hoffen, dass ihre Verträge automatisch verlängert werden. Bei der Neuvergabe will das Land mehr Augenmerk auf eine nachhaltige Bewirtschaftung legen. Die AfD wandte sich dagegen, dass der Minister die Pachtkriterien im Alleingang ändert und fordert ein Mitspracherecht des Landtags. Die geplanten Regelungen hätten einschneidende Auswirkung auf die Bewirtschaftung der Flächen und die Wettbewerbsfähigkeit der Agrarbetriebe. DIE LINKE begrüßte die geplanten Änderungen, vor allem im Hinblick darauf, ökologische Landwirtschaft zu stärken, ortsansässige Bauern zu bevorzugen und Junglandwirte zu fördern. Die CDU kündigte an, die Änderungen der Vergabekriterien im Ausschuss noch ausführlich zu erörtern. Für sie sei wichtig, dass die Pächter mit den Flächen ihr Einkommen bestreiten können. Im Hinblick auf die geplante Neuausrichtung der europäischen Agrarpolitik müsse deshalb auch klar geregelt werden, dass sich bei wegfallenden Fördermitteln der Pachtzins verringere. Bestehende Kriterien im Laufe der Zeit weiterzuentwickeln, sei völlig normal, argumentierte die SPD. Die geplanten Änderungen trügen dazu bei, besser im Sinne einer regional gefestigten und bäuerlichen Landwirtschaft agieren zu können. Nach Angaben von Landwirtschaftsminister Backhaus laufen im kommenden Jahr 270 Pachtverträge für insgesamt etwa 11 000 Hektar Fläche aus.

Antrag AfD Drucksache 7/4961

Enquete-Leitung gewählt

■ Einen Monat, nachdem der Landtag eine Enquete-Kommission zur Zukunft der medizinischen Versorgung ins Leben gerufen hat, steht auch fest, wer sie leiten wird: Jörg Heydorn (SPD). Zum stellvertretenden Vorsitzenden wurde Torsten Koplín (DIE LINKE) gewählt. Jörg Heydorn wurde von SPD und CDU zur Wahl vorgeschlagen. Von 69 abgegebenen Stimmen sprachen sich 49 dafür

aus. 17 Abgeordnete stimmten dagegen, 3 enthielten sich. Torsten Koplín stellte sich auf Vorschlag der Linken zur Wahl. Sein Stimmresultat: 34 Ja-Stimmen, 17 Nein-Stimmen und 18 Enthaltungen. Die Abstimmungsmehrheit gilt als erreicht, wenn die Zahl der Ja-Stimmen die Zahl der Nein-Stimmen überwiegt.

Wahlvorschlag DIE LINKE Drucks. 7/5010

Wahlvorschlag SPD/CDU Drucks. 7/5011

Kein digitaler Fußabdruck bei Gesetzen

■ Wenn der Landtag in seinen Fachausschüssen ein Gesetz berät, holt er sich auch externe Meinungen dazu ein. Zum Beispiel von Sachverständigen, Vereinigungen und Verbänden. Doch wer genau hat mit welcher Position am Gesetzgebungsverfahren teilgenommen? Das sollte nach dem Willen der Linken jeder Bürger nach dem Vorbild Thüringens in einer öffentlich abrufbaren Dokumentation nachvollziehen können. Ziele des Ansinnens: die Gefahr von Korruption zu verringern und parlamentarische Entscheidungsprozesse nachvollziehbarer zu machen. Bislang bekämen die Bürger nur in der Ersten oder Zweiten Lesung im Landtag einen Einblick in die Diskussion, erklärte Jacqueline Bernhardt (DIE LINKE). Wer bei der Erarbeitung im Hintergrund mitgewirkt habe, erschließe sich bislang nur lückenhaft. Das müsse sich ändern. Im Ansatz ein richtiger Weg, fand die AfD. Leider habe DIE LINKE die Verbesserungsvorschläge seiner Fraktion nicht aufgegriffen. Unter diesen Umständen könne sie dem Antrag auch nicht zustimmen, so Prof. Dr. Ralph Weber. Für die SPD trug der Gesetzentwurf weder zu mehr Transparenz noch zu weniger Korruptionsrisiko bei. „Während der Anhörung ist deutlich geworden, dass es viele Schlupflöcher gibt“, sagte Philipp da Cunha (SPD). Außerdem stellten die Internetseiten der Ausschüsse bereits eine gute Öffentlichkeit her. Er zeigte sich offen, diese gegebenenfalls auf kurzem Wege noch zu verbessern. Dem schloss sich die CDU an. „Die Gesetzgebung bei uns im Landtag ist nicht von einem verborgenen Lobbyismus geprägt“, betonte Sebastian Ehlers (CDU). Das vorgeschlagene Gesetz würde am Ende vor allem zusätzliche Bürokratie

und Kosten verursachen. Der Gesetzentwurf und alle Änderungsanträge dazu wurden abgelehnt.

Gesetzentwurf DIE LINKE Drucks. 7/4017

Beschluss Rechtsausschuss Drucks. 7/5034

Änderungsanträge AfD

Drucksachen 7/5075 bis 7/5080

Änderungsantrag DIE LINKE

Drucksache 7/5083



Grundschullehrer erhalten künftig mehr Geld.

Foto: Jens Büttner

Mehr Geld für Grundschullehrer

■ Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer werden seit dem neuen Schuljahr besser bezahlt. Mit der Änderung des Lehrerbildungsgesetzes werden verbeamtete Lehrer der Besoldungsgruppe A13 und angestellte Lehrer der Entgeltgruppe 13 zugeordnet. Damit verdienen sie nun genauso viel wie ihre Kollegen an weiterführenden Schulen. Dafür stellt das Land jährlich 18 Millionen Euro bereit. Änderungen gibt es auch beim Grundschulstudium: Hier verlängert sich die Regelstudienzeit um ein Praxisseminar von neun auf zehn Semester. Diese Zeit kann später auf das 18-monatige Referendariat angerechnet werden. SPD und CDU sprachen von einem guten Tag für die Bildung, der den Lehrerberuf in MV attraktiver und konkurrenzfähiger mache. Die AfD meinte, Gymnasiallehrer hätten viel höhere Arbeitsanforderungen als Grundschullehrer. Das müsse sich auch in der Bezahlung widerspiegeln. Die Studierendauer erst zu erhöhen und später vom Referendariat abzuziehen, bezeichnete sie als Taschenspielertrick. DIE LINKE begrüßte die Gehaltserhöhung. Kritik übte sie daran, dass das Gesetz weder eine automatische Verkürzung des Referendariats vorsehe und noch das Praxissemester festschreibe. Ihr Änderungsan-

trag dazu wurde abgelehnt. Der Gesetzesentwurf wurde mit den Stimmen von SPD, CDU, DIE LINKE und der fraktionslosen Abgeordneten Christel Weißig angenommen. Die AfD und der fraktionslose Abgeordnete Holger Arppe stimmten dagegen.

Gesetzentwurf Landesregierung

Drucksache 7/4800

Beschlussempfehlung Bildungsausschuss

Drucksache 7/5035

Änderungsantrag DIE LINKE

Drucksache 7/5084

Strategiefonds beschlossen

■ 15 Millionen Euro für die Kommunen, 10 Millionen Euro für Schulen, 25 Millionen Euro für Kleinprojekte – mit den Stimmen von SPD und CDU hat der Landtag den Strategiefonds beschlossen. Das Geld, insgesamt sind es 50 Millionen Euro, stammt aus Überschüssen des Landes für das Jahr 2019 und verteilt sich auf drei Säulen: auf ein kommunales Förderprogramm, Schulbau und ein Globalvolumen. Letzteres ist bei der Opposition der umstrittenste Punkt. Mit dem Geld aus dem Globalvolumen werden mehr als 280 Projekte unterstützt. Finanziert werden damit zum Beispiel Trikots, Mähroboter, Karnevalskostüme, die Sanierung einer Trauerhalle, der Ausbau eines Tierheims, Anschaffungen für die Freiwilligen Feuerwehren und eine Kinderschmerzambulanz. Aus der Bestandsreserve werden zudem 6,5 Millionen Euro für ein neues Krebszentrum in Rostock und Greifswald, die Ehrenamtskarte, den Vorpommern-Fonds und die Bauingenieurausbildung entnommen. SPD und CDU lobten den Strategiefonds als gutes Instrument, um vor Ort Politik zu machen. Die AfD sprach von einer „selbstdarstellerischen Volksbeglückung“, DIE LINKE von einer „willkürlichen Verteilung der Mittel“. Es war das erste Mal, dass der Landtag über den Strategiefonds abstimmte. Bislang geschah dies im nicht-öffentlichen Finanzausschuss. Die Verfahrensänderung geht auf einen Fingerzeig des Landesverfassungsgerichts zurück, die Rolle des Landtages bei Entscheidungen über Einnahmen und Ausgaben zu stärken. Die Vorschläge zur Aufteilung der Mittel macht der Finanzausschuss. Basis dafür sind Vorschläge von Abgeordneten der regierungstragenden Frakti-

onen SPD und CDU. DIE LINKE stimmte gegen den Strategiefonds. Die AfD nahm nach ihrem Nein zu Ziffer 1 der Beschlussvorlage nicht mehr an der Abstimmung teil.

Beschlussempfehlung Finanzausschuss

Drucksache 7/5032

Elternzeit heißt Teilzeitplatz

■ Kinder, deren Eltern mit einem Geschwisterkind in Elternzeit sind, haben auch weiterhin keinen Anspruch auf einen Ganztagsplatz im Hort oder in der Kita. SPD, CDU und DIE LINKE lehnten den Vorschlag der AfD ab, das Kindertagesförderungsgesetz (KiföG) entsprechend zu ändern. Damit steht diesen Familien weiterhin maximal ein Teilzeitplatz zu. Für die SPD liegen die Konflikte nicht in der Teilzeitregelung an sich, sondern in unflexiblen Bring- und Abholzeiten. Hier bräuchten Eltern mehr Flexibilität. DIE LINKE nannte den Gesetzesentwurf populistisch. Sie forderte einen bedingungslosen Ganztagsanspruch für alle Kinder. Die CDU bemängelte, dass der Gesetzesentwurf keine Angaben dazu enthalte, wie der Betreuungsmehraufwand personell und finanziell gestemmt werden solle.

Gesetzentwurf AfD Drucksache 7/4738

Ja zum Wasserstoffausbau

■ Der Landtag hat die Landesregierung mit breiter Mehrheit aufgefordert, den Ausbau der Wasserstoffwirtschaft in MV voranzutreiben und damit die eigene Wirtschaftskraft zu stärken. Der Antrag wurde auf Initiative der CDU von den Koalitionsfraktionen eingebracht. Mit dem Ziel, Forschungsprojekte zu fördern, den Ausbau der notwendigen Infrastruktur voranzutreiben und beim Bund darauf hinzuwirken, baugenehmigungsrechtliche und steuerrechtliche Hürden abzubauen. Das Land erhofft sich dafür auch Geld aus der vom Bund beschlossenen Wasserstoffstrategie. Nach dem Königsteiner Schlüssel könnte MV rein rechnerisch auf 180 Millionen hoffen. Ideen zu konkreten Projekten gebe es viele, so die CDU. Sie scheiterten bislang jedoch vielfach an den Kosten. Der wasserstoffbasierten Wirtschaft mehr Raum zu geben, sei ein längst überfälliger Prozess, ergänzte die

SPD. Die Wertschöpfung und Arbeitsplätze, die diese Zukunftsbranche mit sich bringe, sollte MV nicht anderen überlassen. Die AfD bezeichnete die Wasserstoffstrategie als überambitioniert. Sie rief dazu auf, erst einmal die Forschungsergebnisse abzuwarten. DIE LINKE appellierte daran, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen und die Menschen beim Thema Wasserstoff von Anfang an mitzunehmen. Ihr Vorschlag, Beteiligungsmöglichkeiten wie Bürgergenossenschaften zu schaffen, wurde jedoch abgelehnt. Der Koalitionsantrag wurde mit den Stimmen von SPD, CDU, DIE LINKE und der fraktionslosen Abgeordneten Christel Weißig beschlossen.

Antrag CDU/SPD Drucksache 7/5013

Änderungsantrag DIE LINKE 7/5085

Corona-Tests im Landtag

Keine akuten Infektionen

■ Bei in der 34. Kalenderwoche im Zusammenhang mit dem Coronavirus (SARS-CoV-2) erfolgten Tests im Schweriner Schloss sind keine akuten Corona-Infektionen festgestellt worden. Insgesamt 281 Personen hatten sich dem sogenannten PCR-Test – einem Rachenabstrich-Test – unterzogen.

Der Landtagsverwaltung wurde ebenfalls das Gesamtergebnis der vorgenommenen Bluttests auf Antikörper gegen das genannte Virus übermittelt. Bei keiner der in diesem Fall 262 Proben konnten Antikörper nachgewiesen werden. Über diese Informationen hinaus sind der Landtagsverwaltung keine Angaben übermittelt worden. Allein den Teilnehmerinnen und Teilnehmern gehen die personenbezogenen Testergebnisse persönlich per Post zu.

Landtagsdirektor Armin Tebben: „Wir haben die Tests erneut auf Wunsch unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Rahmen der betrieblichen Gesundheitsprävention angeboten und für weitere Personen geöffnet. Im Anschluss an die Sommerpause war es uns wichtig zu erfahren, wo wir derzeit stehen. Die Parlamentsverwaltung ist vollumfänglich einsatzbereit und kann die Arbeitsfähigkeit des Landtages und seiner Gremien durchgehend gewährleisten. Die Reaktionen auf unser Angebot fielen durchweg positiv aus.“

Stand: 15.06.2020

Drs.-Nr.	Initiator	Gesetz	Federführender Ausschuss	Beratungsverlauf
7/2573	SPD, CDU	Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Landesverfassungsgerichtsgesetzes	Rechtsausschuss	1. Lesung: 12.09.2018 in Beratung
7/2574	SPD, CDU	Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Volksabstimmungsgesetzes	Rechtsausschuss	1. Lesung: 12.09.2018 in Beratung
7/2575	SPD, CDU	Entwurf eines xx-ten Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern	Rechtsausschuss	1. Lesung: 12.09.2018 in Beratung
7/4801 (neu)	LReg.	Entwurf eines Justizvollzugsdatenschutzgesetzes Mecklenburg-Vorpommern sowie zur Änderung weiterer Gesetze des Justizvollzuges	Rechtsausschuss	1. Lesung: 13.05.2020 in Beratung
7/4878	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Architekten- und Ingenieurgesetzes und des Baugesetzbuchausführungsgesetzes	Energieausschuss	1. Lesung: 13.05.2020 in Beratung
7/4879	LReg.	Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des E-Government-Gesetzes Mecklenburg-Vorpommern	Energieausschuss	1. Lesung: 13.05.2020 in Beratung
7/4918	AfD	Landeskurzarbeitergeldgesetz für Mecklenburg-Vorpommern	-	1. Lesung: 13.05.2020 Ablehnung der Überweisung
7/4935	DIE LINKE	Entwurf eines Gesetzes zur Beteiligung des Landtages bei Maßnahmen der Landesregierung aufgrund des Infektionsschutzgesetzes	-	1. Lesung: 13.05.2020 Ablehnung der Überweisung
7/4996	AfD	Entwurf eines Siebenten Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes für das Land Mecklenburg-Vorpommern (Schulgesetz - SchulG M-V)	-	1. Lesung: 10.06.2020 Ablehnung der Überweisung
7/5003	DIE LINKE	Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Finanzierung und zur Transparenz in der Freien Wohlfahrtspflege in Mecklenburg-Vorpommern und zur Änderung des Insolvenzordnungsausführungsgesetzes	-	1. Lesung: 10.06.2020 Ablehnung der Überweisung

Abschied

Foto: SPD-Fraktion



Der Landtag gedenkt Hans-Heinrich Jarchow

Der Landtag MV trauert um den ehemaligen Abgeordneten Hans-Heinrich Jarchow, der im Alter von 65 Jahren verstorben ist. Landtagspräsidentin Birgit Hesse sprach im Namen des Parlamentes den Angehörigen von Hans-Heinrich Jarchow ihr Beileid aus. Der Landtag werde sein Andenken in Ehren halten, so Birgit Hesse. Hans-Heinrich Jarchow gehörte dem Landtag MV während der 4. Wahlperiode (2002 – 2006) an. Für die SPD-Fraktion wirkte er während dieser Zeit im Umweltausschuss mit. Von 2009 bis 2017 war er als Leiter des Geschäftsbereichs „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“ der Akademie für Politik, Wirtschaft und Kultur Mecklenburg-Vorpommern dem Landtag eng verbunden. Hervorzuheben ist sein ehrenamtliches Engagement als Mitglied der Synode der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburgs (1994 bis 2011) sowie der Kirchenleitung (1997 bis 2002). Noch am 10. Juni 2020 hat er in seiner von ihm so geliebten plattdeutschen Sprache die traditionelle ökumenische Andacht vor Beginn der Landtagsitzung gehalten.

Abschied

Foto: Landtag MV



Der Landtag trauert um William Wolff

Am 8. Juli ist der langjährige Landesrabbiner von Mecklenburg-Vorpommern, William Wolff, verstorben. Anlässlich der Nachricht vom Tode erklärt Landtagspräsidentin Birgit Hesse:
„Er steht wie kein anderer für den Wiederaufbau jüdischen Lebens in Mecklenburg-Vorpommern. William Wolff bleibt uns in Erinnerung als lebensfreudiger Mensch voller Energie und stets mit einem Lächeln im Gesicht. William Wolff suchte das Verbindende zwischen den Menschen und prägte so maßgeblich den interreligiösen Dialog. Sein einmaliger Charme und seine in die Zukunft blickende Art werden uns fehlen. Meine Gedanken sind bei der Familie des Verstorbenen.“

Foto: Uwe Simnecker

Abgeschlossene Gesetzgebung

im Plenum am 10. Juni 2020 entschieden

Stand: 15.06.2020

Drs.-Nr.	Gesetz	Initiator	Abstimmung im Plenum	Beschluss
7/4017	Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung einer Beteiligentransparenzdokumentation beim Landtag (Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz Mecklenburg-Vorpommern - BeteilDokG M-V)	DIE LINKE	1. Lesung: 04.09.2019 2. Lesung: 10.06.2020	Ablehnung
7/4738	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Einführung der Elternbeitragsfreiheit, zur Stärkung der Elternrechte und zur Novellierung des Kindertagesförderungsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern (Kindertagesförderungsgesetz - KiföG M-V)	AfD	1. Lesung: 11.03.2020 2. Lesung: 10.06.2020	Ablehnung
7/4800	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Lehrerbildungsgesetzes sowie weiterer dienstrechtlicher Vorschriften	LReg.	1. Lesung: 01.04.2020 2. Lesung: 10.06.2020	Annahme
7/4900	Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag über datenschutzrechtliche Anpassungen am „Dataport-Staatsvertrag“ zwischen dem Land Schleswig-Holstein, der Freien und Hansestadt Hamburg, dem Land Mecklenburg-Vorpommern, der Freien Hansestadt Bremen, dem Land Niedersachsen und dem Land Sachsen-Anhalt	LReg.	1. Lesung: 13.05.2020 2. Lesung: 10.06.2020	Annahme
7/4927	Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2018/958 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. Juni 2018 über eine Verhältnismäßigkeitsprüfung vor Erlass neuer Berufsreglementierungen (Verhältnismäßigkeitsrichtlinie) in Mecklenburg-Vorpommern	LReg.	1. Lesung: 13.05.2020 2. Lesung: 10.06.2020	Annahme

Der Innenhof des Schweriner Schlosses bleibt aufgeSCHLOSSen für noch mehr Kultur

Foto: Cornelius Kertler



Bis Ende September wird im Innenhof ein abwechslungsreiches Programm geboten.

2020	Beginn	
29. 08.	20 Uhr	Serdar Somuncu
30. 08.	20 Uhr	Ines Anioli & Ariana Baborie
29. 08. - 30. 08.	19 Uhr	„Fränkisches Gewächs Herr Kohlmann“
06. 09.	20 Uhr	Thees Uhlmann
08. 09.	18 Uhr	„Filmvorführung Rabbi Wolff“ (geladene Gäste)
12. 09.	21 Uhr	Abba-Review Band
17. 09.	21 Uhr	Rosie (AC/DC-Coverband)
18. 09.	20 Uhr	Dota
19. 09.	20 Uhr	Heinz Rudolf Kunze
26. 09.	20 Uhr	Poetry Slam
27. 09.	20 Uhr	Mark Benecke

Weitere Termine und aktuelle Informationen finden sie auf www.landtag-mv.de.

Schlossbienen - Honigernte 2020

Trockenheit sorgt für wenig Ertrag

Die Honigernte der Schweriner Schlossbienen fällt in diesem Jahr deutlich geringer aus als in den beiden vorhergehenden Jahren. Grund hierfür ist die starke Trockenheit im Frühjahr sowie in den vergangenen zwei Jahren. Obwohl es im Frühsommer im Burggarten ver-

meintlich viele Blüten an Bäumen und Sträuchern gab, fehlte es den Bienen dennoch an Nektar. Die Pflanzen bildeten zu wenig von ihm aus. Statt wie üblich 30 Kilogramm pro Bienenvolk erntete Imker Dr. Mirko Lunau Ende Juni lediglich 7,5 Kilogramm Honig bei den 4 Völkern, die auf der Nordbastion des Schlosses stehen und 6 Kilogramm bei den Bienen auf dem Schlossdach. Dabei entnahm

er nicht den kompletten Honig. Einen gewissen Teil hat er als Winterfutter für die Bienen im Bienenstock belassen. Der geringe Ertrag erforderte ein besonderes Verfahren bei der Honigerstellung. Die Waben wurden gepresst und nicht geschleudert. Dieser Honig wird Urhonig genannt und als Schlosshonig durch den Landtag MV zu besonderen Anlässen verschenkt.

Foto: Uwe Sinnecker

Neue Enquete-Kommission

Zukunft der medizinischen Versorgung in MV

■ Am 11. Juni haben die Abgeordneten des Landtages MV Jörg Heydorn und Torsten Koplin zum Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden der Enquete-Kommission „Zukunft der medizinischen Versorgung in Mecklenburg-Vorpommern“ gewählt. Gemeinsam mit externen Sachverständigen werden die 21 Mitglieder des Gremiums in der Enquete-Kommission darüber beraten, wie das Gesundheitssystem im Land aufgestellt sein muss, um eine sichere und gute Versorgung der Patientinnen und Patienten dauerhaft zu gewährleisten. In seiner Sitzung am 14. Mai hatte der Landtag MV beschlossen, die Enquete-Kommission einzusetzen. Die Fraktionen haben daraufhin 12 parlamentarische und neun nicht parlamentarische Mitglieder für die Kommission benannt. Ihre Arbeit mündet in einem Bericht, den das Gremium dem Parlament zum Ende dieser Legislaturperiode vorlegen soll.

Herr Heydorn, Sie sind Vorsitzender der neu gegründeten Enquete-Kommission „Zukunft der medizinischen Versorgung in Mecklenburg-Vorpommern“ was genau hat dazu geführt, dass sich das Parlament zur Einsetzung dieser Kommission entschlossen hat?

Alle Menschen in MV haben einen Anspruch auf einen flächendeckenden Zugang zu einer guten, leistungsfähigen und modernen medizinischen Versorgung. Bereits heute gibt es einige Versorgungsleistungen, die nicht mehr flächendeckend angeboten werden. Zuletzt hat beispielsweise der Krankenhausbetreiber in Crivitz entschieden, die Geburtshilfe zu schließen. Das hat viele Gründe. Ziel ist es daher, die erforderlichen Rahmenbedingungen und Maß-



Foto: Landtag MV

Anne-Kristin Adam (Mitte) mit Jörg Heydorn (l.), dem Vorsitzenden der Enquete-Kommission zur Zukunft der medizinischen Versorgung in MV sowie Torsten Koplin (r.), dem stellvertretenden Vorsitzenden der Kommission. Anne-Kristin Adam leitet das Kommissionssekretariat.

nahmen für eine gute flächendeckende medizinische Versorgung in Mecklenburg-Vorpommern aufzuzeigen.

Wie stellt sich derzeit die Situation der medizinischen Versorgung in MV dar?

Im Allgemeinen kann man heute sagen, dass die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern medizinisch gut versorgt sind. Bei genauerem Hinsehen gibt es aber schon jetzt Regionen, wo es die Menschen schwer haben, die notwendigen Gesundheitsangebote zu erreichen. Gerade der ländliche Raum ist davon betroffen. Aber auch die Anbieter von Gesundheitsleistungen haben es bei den derzeitigen Rahmenbedingungen schwer, die Angebote aufrechtzuerhalten. Wir brauchen daher Ideen, wie wir mit den vorhandenen Ressourcen die notwendige Gesundheitsversorgung sicherstellen. Das soll die Enquete-Kommission leisten.

Wo liegen die Probleme in der medizinischen Versorgung in MV?

Das Gesundheitssystem steht vor großen Herausforderungen. Die Ursachen hierfür sind vielfältig. Mecklenburg-Vorpommern ist ein Bundesland mit viel ländlichem Raum und einer dünnen Besiedlung von nur 69 Einwohnern pro Quadratkilometer. Hier ist es nicht einfach, eine qualitativ gute medizinische

Versorgung wohnortnah anbieten zu können. Auch fehlt schon heute das notwendige Personal. Hingegen nimmt der Bedarf an Gesundheitsleistungen in einer älter werdenden Bevölkerung zu. Und für diese Situation, deren Rahmenbedingungen sich in den Jahren nicht verbessern wird, brauchen wir akzeptable Lösungen.

Was genau kann und soll die Kommission bewirken?

Im Gesundheitsbereich gibt es viele Akteure mit jeweils eigenen Interessen, die teils gegenläufig sind. Letztlich werden wir für die Menschen im Land aber nur zu guten Lösungen kommen, wenn die Interessen zusammengebracht werden. Die Kommission bringt die Vertreter der Patientinnen und Patienten, der Beschäftigten sowie der Leistungserbringer, der Kostenträger und nicht zuletzt der Politik zusammen. So haben wir die Möglichkeit, die Probleme und mögliche Lösungen gemeinsam zu erörtern und anschließend umzusetzen.

Wer wird an der Arbeit der Kommission mitwirken?

Enquete-Kommissionen zeichnen sich dadurch aus, dass sowohl Abgeordnete als auch Experten am Tisch sitzen. Damit soll sichergestellt werden, dass möglichst viele Interessen und mög-

lichst viel Sachverstand mitwirkt. Das ist auch bei dieser Enquete-Kommission so. Neben den Abgeordneten sind auch Vertreter der Patientinnen und Patienten, der Ärzteschaft, der Krankenhausbetreiber, der Krankenkassen, der Kommunen, und nicht zuletzt der Wissenschaft mit dabei.

Welche Ziele verfolgen sie als Vorsitzender der Kommission?

Mein Ziel ist es, die unterschiedlichen Standpunkte der Mitglieder zusammenzuführen. Die Kommission soll die erforderlichen Rahmenbedingungen und Maßnahmen eines integrierten, sektorenübergreifenden und multiprofessionellen medizinischen Versorgungsplans für Mecklenburg-Vorpommern zum Ende dieser Legislaturperiode aufzeigen. Dafür müssen alle konsensorientiert arbeiten. Dafür werde ich mich einsetzen.

Welche Schwerpunkte möchten sie setzen?

Die Kommission verfolgt das vom Landtag beschlossene Ziel. Dafür wurde die Kommission eingerichtet. Die dafür erforderlichen Schwerpunkte sollten gemeinsam in der Kommission von den Experten und Abgeordneten gefunden werden. Persönlich wird es mir darum gehen, ein Ergebnis herauszuarbeiten, das in der Kommission eine breite Zustimmung findet.

Wie ist das Vorgehen der Enquete-Kommission?

Die Kommission wird in einem ersten Schritt die aktuellen Probleme herausarbeiten. Dann werden die Themen definiert, die tiefergründiger untersucht werden müssen. Abschließend sind Handlungsempfehlungen abzuleiten, die einen Weg aufzeigen, um die Gesundheitsversorgung im Land auch in Zukunft sicherzustellen.

Öffentliche Befragung

Untersuchungsausschuss hörte Manuela Schwesig, Birgit Hesse und Stefanie Drese als Zeuginnen

■ Der 1. Parlamentarische Untersuchungsausschuss erarbeitet derzeit seinen Abschlussbericht. Als Arbeitsgrundlage dienen 1241 Akten mit insgesamt 155.522 Seiten, die vom Sozial-, Innen-, Bildungs-, Justiz-, Landwirtschafts- und Wirtschaftsministerium zur Verfügung gestellt wurden. Insgesamt gab es bisher 55 Sitzungen mit einer Gesamtdauer von knapp 82 Stunden.

Die letzte und längste Sitzung am 10. August umfasste die Vernehmung der zwei ehemaligen Sozialministerinnen und der amtierenden Ministerin des Ressorts. Den Auftakt machte **Manuela Schwesig** um 10:00 Uhr. Sie beschrieb umfassend die Arbeit des Sozialministeriums während ihrer Amtszeit vom Ende des Jahres 2008 bis zum Ende des Jahres 2013. Dabei unterstrich sie die starke Tradition der Wohlfahrtspflege und deren Verankerung in Artikel 20 Absatz 1 des Grundgesetzes und Artikel 19 Absatz 2 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Sie betonte, dass es „für den Bereich der Freien Wohlfahrt klare rechtliche Grundlagen“ gab und gibt, sowie „inhaltliche Regeln und eine eindeutig vom Parlament bestimmte finanzielle Basis. Und es gibt Austausch, Zusammenarbeit und Kontrolle. Letzteres nicht nur durch den Landesrechnungshof, sondern vor allem durch das Landesamt für Gesundheit und Soziales, das die Verwendungsnachweise der Fördervorgänge prüft.“ Die finanzielle Grundlage der Wohlfahrtsverbände sei der Doppelhaushalt des Landtages und alle Förderungsentscheidungen basierten auf diesem. Einen Generalverdacht gegenüber dem Ministerium, der durch das Handeln von Einzelpersonen im Bereich der AWO-Müritz begründet wird, wies sie entschieden zurück.

Im Anschluss sagte **Birgit Hesse** aus, dass es ein grundlegendes Missverständnis gebe. Es sei „so, dass die LIGA ein wichtiger [...] Bestandteil [...] ist, um die soziale Be-



Ministerpräsidentin Manuela Schwesig auf dem Weg zur Befragung im Plenarsaal des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern.

Fotos: Landtag MV



Landtagspräsidentin Birgit Hesse wurde in ihrer Funktion als Sozialministerin von 2014 bis 2016 befragt.



Stefanie Drese leitet seit 2016 das Sozialministerium.

ratungsleistung im Land insgesamt abdecken.“ Auch wenn das Bekanntwerden der Verdachtsmomente im Zusammenhang mit Führungspersonen des Kreisverbandes AWO Müritz in ihre Amtszeit gefallen sei, lagen dennoch nach eingehender Überprüfung durch das LAGuS M-V keine Hinweise auf eine zweckwidrige Verwendung von Fördergeldern vor.

Die amtierende Sozialministerin **Stefanie Drese** unterstrich die Äußerungen ihrer Vorrednerinnen, dass das Sozialministerium lediglich die Verwendung der Landesmittel prüfe. Sie habe seinerzeit die Vertreter der LIGA zusammengeholt und ihre „Erwartungen an das Thema Transparenz dort klar zum Ausdruck gebracht.“ Die Sozialministerin lud dazu ein, einen Blick in die Transparenzdatenbank zu werfen. In der Datenbank sei vorgeesehen, dass die Geschäftsführergehälter der Spitzenverbände vermerkt werden und natürlich sei das ein Prozess, der sich letztlich auch auf die Kreisverbände beziehen sollte.



Foto: Uwe Sinnecker

Um die entsprechenden Abstände zu wahren, nimmt seit April nur ein Teil der Abgeordneten an der Sitzung im Plenarsaal teil. Die übrigen Abgeordneten verfolgen die Debatte mittels Übertragung in anderen Räumen.

Das Parlament handelt auch in schwierigen Zeiten

Interview mit Landtagspräsidentin Birgit Hesse

■ Seit fast einem halben Jahr bestimmt das Coronavirus das Leben in Mecklenburg-Vorpommern. Nach dem landesweiten Lockdown, bei dem Schulen, Museen, Geschäfte und Restaurants geschlossen blieben und das gewohnte Leben auf vielen Ebenen zum Stillstand kam, gilt es nun, einen neuen Alltag zu gestalten. Auch die Arbeit des Parlaments hat sich durch die Pandemie verändert.

Wie haben Sie und Ihre Familie die vergangenen Monate erlebt? Wie stehen sie zu den Einschränkungen des öffentlichen und privaten Lebens?

Zu Beginn kam mir das alles sehr unwirklich vor, die Bedrohung durch ein solches Virus ist schließlich schwer zu greifen. Als die Landesregierung beschlossen hat, die Schulen zu schließen, war das der erste heftige Einschnitt, der dann auch bei uns zu Hause einiges auf den Kopf gestellt hat. Ich habe selber viel von zu Hause aus gearbeitet: zum einen, weil ich fand, dass es der richtige Schritt war, Kontakte weitestgehend zu vermeiden. Zum anderen durfte ich ja nun gar nicht mehr unterwegs sein, ein Termin nach dem nächsten verschwand wegen der Pandemie aus meinem Kalender. Das war bitter, denn so wie ich mein Amt verstehe, lebt

es vor allem von der Begegnung mit den Bürgerinnen und Bürgern. Da sind Bildschirm-Konferenzen und Videobotschaften ein nur leidlicher Ersatz. Wir sehen aber an anderen Ländern, was Covid-19 anrichten kann und wie gefährlich dieses Virus nicht nur für ältere Menschen ist. Deshalb bin ich froh, dass wir in Deutschland und hier bei uns in Mecklenburg-Vorpommern dem Schutz der Gesundheit oberste Priorität eingeräumt haben. Außerordentlich dankbar bin ich den Menschen, die eher selten im Mittelpunkt stehen, aber in der Krise allen vor Augen geführt haben, wie sehr sie unseren Alltag und unsere Versorgung aufrechterhalten: Medizinisches Personal, Kassiererinnen und Reinigungskräfte möchte ich beispielhaft nennen. Sie waren da, als es darauf ankam. Dafür bin ich ihnen sehr dankbar.

Wie hat sich durch die Corona-Pandemie ihr Arbeitsalltag verändert?

Die Corona-Pandemie hatte das politische Handeln der vergangenen Monate fest im Griff. Und sie hat viele Fragen aufgeworfen: Was macht diese Zeit mit den Familien, den Kindern und Jugendlichen? Was richtet sie für wirtschaftliche Schäden an, in den Unternehmen und bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern? Als Präsidentin des Landestourismusverbands habe ich auch die Krise in der für Mecklenburg-Vorpommern so wichtigen Tourismusbranche eng begleitet. Und hier im Landtag war es wichtig, den parlamentarischen Betrieb aufrechterhalten. Gewisse Sitzungen mussten einfach hier vor Ort stattfinden. Allen Fraktionen war es wichtig, dass das Parlament gerade in dieser so schwierigen Zeit handlungsfähig bleibt. Das haben wir bewiesen.

Mir persönlich hat es sehr gefehlt, mit den Menschen im Land bei Veranstaltungen, Festen, Gesprächsrunden oder Sportevents zusammenzukommen, denn auch das – die Begegnung mit den Menschen, für die ich als Abgeordnete und Präsidentin Politik mache, ist wichtiger Teil meines Alltags. Auf der anderen Seite war es toll zu sehen, wie kreativ die Leute wurden, um wenigstens einige der oft lange vorbereiteten Termine stattfinden zu lassen. Vorträge, Diskussionen,

Workshops, ja selbst Tanzwettbewerbe fanden online statt. Wo ich konnte, habe ich das unterstützt.

Wie hat sich die parlamentarische Arbeit verändert? Welche Maßnahmen wurden ergriffen?

Die Flure hier im Schloss waren plötzlich ganz schön leer. Schließlich mussten auch wir die Kontaktbeschränkungen umsetzen, und das bedeutete unter anderem, dass wir keine Besuchergruppen mehr im Schloss empfangen konnten, das Programm der parlamentarischen Führungen aussetzen mussten und einzelne Besucherinnen und Besucher den Mindestabstand zu wahren hatten. Wir haben ein Hygienekonzept erarbeitet – weshalb beispielsweise ab April an den Landtagssitzungen zeitgleich nur eine reduzierte Zahl der Abgeordneten im Plenarsaal teilnehmen konnte. Für andere Gremiensitzungen, zum Beispiel die der verschiedenen Ausschüsse und den Ältestenrat mussten wir jeweils auf Räume ausweichen, in denen das Abstandsgebot eingehalten werden konnte. Das alles ist mit großem organisatorischem und kommunikativem Aufwand verbunden, und ich bin allen hier im Haus sehr dankbar, dass wir diese Herausforderung gemeinsam gestemmt haben.

In den vergangenen Monaten wurde oft von der „Stunde der Exekutive“ gesprochen. Die Landesregierung erließ viele Rechtsverordnungen mit weit in den Alltag der Menschen hineinreichenden Regeln. Kam der Landtag zu wenig zum Zuge?

Eine Krise dieser Dimension erfordert immer entschlossenes und vor allem schnelles Regierungshandeln. Der Landtag war dennoch nicht nur Zuschauer. Im April, Mai und Juni haben die Landtagssitzungen stattgefunden – damit waren

gerade zur Hochzeit der Kontaktverbote nicht alle einverstanden. Als Parlament zu tagen war kein symbolischer Akt, sondern aktives politisches Handeln. Die Ausschüsse, der Ältestenrat, die Parlamentarischen Untersuchungsausschüsse, sie alle haben nur in Ausnahmefällen per Video- oder Telefonschleife getagt. Den Kolleginnen und Kollegen war es wichtig, zumindest zeitweise präsent zu sein und sich bei Gesprächen in die Augen schauen zu können. Ich habe mich dafür eingesetzt, dass der Informationsfluss von der Landesregierung zum Parlament funktioniert. So gab es regelmäßige Gespräche zwischen der Ministerpräsidentin, den Fraktionsvorsitzenden, den Parlamentarischen Geschäftsführern, den Vizepräsidentinnen und mir. Es hat sich schnell abgezeichnet, dass es viel Geld kostet, die negativen Folgen der Corona-Zeit für die Menschen im Land aufzufangen oder zumindest abzufedern. Solche gewichtigen Weichenstellungen wie den Nachtragshaushalt von 1,1 Mrd. Euro und auch das Rettungspaket für die MV Werften konnte nur das Parlament stellen. Und das hat es getan.

Wenn sie auf die kommenden Jahre schauen: wie geht es weiter in unserem Land? Was können wir aus der Krise lernen?

Noch ist die Krise ja nicht vorbei, das sollten wir bei allen zurückeroberten Freiheiten nicht vergessen. Gelernt haben wir aber bereits Einiges. Unser politisches System hat sich bewährt, das Zusammenspiel zwischen Bund und Ländern hat einen echten Stresstest bestanden. Wir haben es geschafft, bundesweit im Gleichschritt zu gehen, wenn es angezeigt war und eigene Wege in den Ländern zu beschreiten, wenn die regional unterschiedlichen Gegebenheiten es verlangten oder möglich machten. MV hat früh reagiert und finanzielle Unterstützung für Betroffene bereitgestellt, und mit dem Nachtragshaushalt haben wir abgesichert, dass wir weiterhin Gestaltungsspielräume haben. Die Summen, um die es in diesen Monaten ging, zeigen aber auch: Krisen dieser Art können wir nicht unbegrenzt stemmen. Das ist ein finanzieller Kraftakt, für den wir früher oder später an anderer Stelle sparen müssen. Ich bin aber zuversichtlich, dass die Menschen im Land das ver-



Landtagspräsidentin Birgit Hesse

stehen. Ihrer Vernunft, ihrer Disziplin und ihrem Gemeinsinn ist es schließlich am allermeisten zu verdanken, dass wir so glimpflich durch diese Zeit gekommen sind.

Wir alle haben sicherlich auch persönlich einiges dazugelernt: was für ein hohes Gut unsere Gesundheit ist und wie sensibel wir reagieren, wenn es um unsere persönliche Freiheit geht. Ich höre von vielen, dass sie festgestellt haben, dass weniger oft genug ist, und dass die vergangenen Monate den Zusammenhalt von Familien und Beziehungen gestärkt haben.

Das Jahr 2020 ist auch ein Jubiläumsjahr für Mecklenburg-Vorpommern und den Landtag. Beide begehen den 30. Geburtstag. Wie wird das Jubiläum trotz Corona begangen?

Natürlich wollen wir dieses Jubiläum feiern und ihm einen würdigen Rahmen geben. Wie alle anderen, die Veranstaltungen oder Feste planen, müssen wir abwarten, was zu diesem Zeitpunkt möglich ist. Wir haben für den 27. Oktober einen Festakt hier im Schweriner Schloss geplant und konnten mit Altbundespräsident Joachim Gauck einen Festredner gewinnen, auf den sicherlich nicht nur ich mich sehr freue. Auch für diesen Termin gelten natürlich die Regeln unseres Hygienekonzepts. Für mich sind der Landtag und das Schloss eine Einladung an die Menschen, wir wollen ein möglichst offenes Haus sein. Deshalb wünsche ich mir natürlich, dass wir diesem Anspruch wieder gerecht werden können. Zum Jubiläum, aber auch an allen anderen Tagen.

Fotos: Ulwe Sinnecker



Im Plenarsaal, zwischen den Abgeordneten müssen die nötigen Abstände eingehalten werden.

Foto: Cornelius Kettler



Für die Einhaltung der Corona bedingten Hygienemaßnahmen wurden nicht alle verfügbaren Plätze genutzt.

aufgeSCHLOSSen für Kultur

Der Innenhof des Schweriner Schlosses bietet Künstlern eine Bühne

Die Veranstaltungsreihe im Schweriner Schlossinnenhof läuft auch nach dem Finale der Schlosskonzerte am 22. August weiter. Die Bühne steht bis mindestens Ende September für ganz unterschiedliche Künstlerinnen, Künstler und Formate zur Verfügung – vom Heavy Metal-Konzert, über Kabarett-Formate, den Sänger Heinz Rudolf Kunze bis zu einem Poetry Slam. Kinovorführungen sind ebenfalls in Vorbereitung. Im Juni hatte Landtagspräsidentin Birgit Hesse die Schirmherrschaft für die Reihe „aufgeSCHLOSSen – eine Bühne für MV“ übernommen. Gemeinsam mit einer Agentur, Veranstaltungstechnikern und Künstlern aus MV wurde kurzfristig ein buntes Programm auf die Beine gestellt, um regionalen Kulturschaffenden eine Bühne zu geben.

Die nun unter dem Titel „aufgeSCHLOSSen“ stattfindenden Veranstaltungen stehen weiterhin unter der Schirmherrschaft von Landtagspräsidentin Birgit Hesse: „Wir haben in den Monaten, in denen das Corona-Virus das öffentliche Leben stark eingeschränkt hat, mit ansehen müssen, dass viele Menschen, Firmen, Vereine und Institutionen in unserem Land die für die Eindämmung notwendigen Schritte hart getroffen haben. Es war abzusehen, dass es die Kulturszene und die Veranstaltungswirtschaft besonders schwer haben werden, weil Auftritte vor Publikum, Geselligkeit und Veranstaltungen ganz generell sehr schnell unterbleiben mussten. Für uns war klar: Sobald wir hier wieder Publikum empfangen dürfen, müssen wir etwas tun. Wir wollten denjenigen eine Bühne geben,

die schon so lange auf Auftritte verzichten mussten. Ich bin begeistert davon, wie gut die Bühne in unserem Innenhof ankommt. Von den Künstlerinnen und Künstlern wie auch vom Publikum erhalten wir eine große positive Resonanz. Für uns war deshalb klar, dass wir dieses Angebot fortführen wollen, und es ist fantastisch zu sehen, welche Bandbreite an Musik und Unterhaltung das Programm inzwischen abbildet. Ich freue mich, wenn wir möglichst viele Menschen in den kommenden Wochen im Innenhof des Schlosses begrüßen können und ihnen gelungene Spätsommerabende bescheren.“, so Birgit Hesse.

Nachdem die Agentur Hanse Event aus Groß Stove (Landkreis Rostock) die am

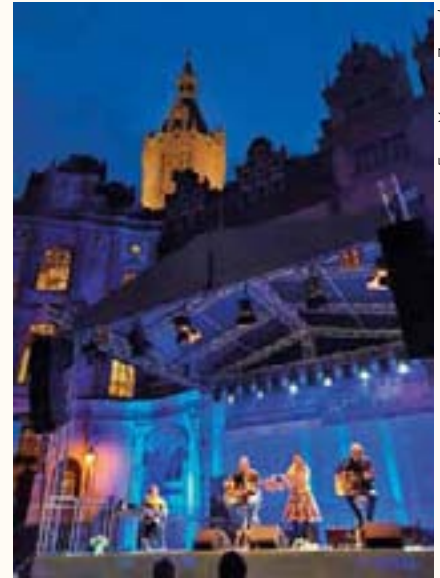


Foto: Yvonne Zarndt

Autorin Diana Salow und die Band Sweet Vanilla begeisterten mit einer musikalischen Lesung.



Foto: Cornelius Kettler

Das Pasternack Swing-Trio eröffnete die Kulturreihe „aufgeSCHLOSSen“ im Schlossinnenhof.

25. Juni gestartete Konzertreihe als Veranstalterin geplant und umgesetzt hat, beteiligen sich an der Fortsetzung nun verschiedene Partner: die Agentur Kulturbotschafter Events füllt den größten Teil des Programms, aber auch die Landeshauptstadt Schwerin, Heiko Steinmüller aus Schwerin und das Weingut „Fränkisches Gewächs“ sind mit einzelnen Programmpunkten vertreten.

Die bisherigen 33 Konzerte im Schlossinnenhof im Rahmen der Reihe „Schweriner Schlosskonzerte. AufgeSCHLOSSen. Eine Bühne für MV“ haben über 4100 Besucherinnen und Besucher verfolgt. 148 Künstler standen auf der Bühne. Hinzu kam eine Kinovorführung. Inzwischen nutzt auch das Parlament die mit der Bühne verbundenen Möglichkeiten. Am 19. August tagte die Enquete-Kommission „Die Zukunft der medizinischen Versorgung in MV“ im Innenhof - öffentlich und open air.

Eine Übersicht der nächsten Veranstaltungen finden sie auf Seite 24.

"Helft, wo ihr helfen könnt!"

Hans-Jochen Waack wirkte beim Aufbau des Landtages mit

■ Im Oktober 2020 jährt sich zum 30. Mal der Tag, an dem der Landtag des neu gegründeten Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern ins Schweriner Schloss einzog. Das Jahr vor dem Einzug war eines der spannendsten und abwechslungsreichsten der jüngeren deutschen Geschichte. Am 9. November 1989 war nach 28 Jahren die innerdeutsche Grenze geöffnet worden. Bis zur Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 überschlugen sich in der DDR die Ereignisse. Manche Details drohen in Vergessenheit zu geraten. Deshalb wollen wir Zeitzeugen zu Wort kommen lassen, die diese so ereignisreiche Phase in Bezug zum Schweriner Schloss miterlebt haben und diese Details erinnern.

Diesmal: Hans-Jochen Waack, der die konstituierende Sitzung des Landtages vorbereitete.

Im September 1990 standen die Mitglieder des Landtags-Aufbaustabes ständig unter Strom. Etwa ein Dutzend Frauen und Männer hatte kaum acht Wochen Zeit, um im Schweriner Schloss die ersten Schritte des neuen Parlaments vorzubereiten, das am 26. Oktober zu seiner konstituierenden Sitzung zusammentreten sollte. Um den Stress zumindest kurzzeitig zu unterbrechen, lud Hans-Jochen Waack seine Kolleginnen und Kollegen zu einem Schluck Sekt ein. „Aber in diesem unübersichtlichen Schloss waren so schnell keine Gläser aufzutreiben“, erzählt Waack, „darum tranken wir den Sekt aus Porzellantassen“.

Für drei oder vier Tage in der Woche kam Waack zusammen mit Kieler Kollegen mit dem Dienstwagen in den Schlosshof gefahren. Im Kofferraum brachten sie zur Freude der einheimischen Mitglieder des Aufbaustabs Kopiergeräte und elektrische Schreibmaschinen mit. „Unsere Kieler Sekretärin wollte nicht auf einer mechanischen



Foto: Andreas Frost

Hans-Jochen Waack legte den Grundstein für die Arbeit des Landtages MV.

Maschine schreiben“, berichtet Waack. „Bei unserem ersten Eintreffen bot sie sich mit den Worten 'Ich war schon mal hier' an, vorweg ins Schloss zu gehen. Natürlich haben wir uns in diesem Wirrwarr heillos verlaufen.“ Waack erinnert das Schloss im Spätsommer 1990 als „riesigen Bienenstock“. Umzugskisten wurden gepackt, andere wurden geleert. Räume wurden hergerichtet, Teppiche und Kabel verlegt.

Die friedliche Revolution in der DDR hatte Hans-Jochen Waack „mit zunehmender Anteilnahme“ in den Medien verfolgt. „Emotional richtig gepackt hat es mich erst in Schwerin. Was bisher Nachrichten und Bilder waren, war plötzlich Realität und mit Händen zu greifen.“

Waack ist Jurist. In den 1980-er Jahren hat er in Schleswig-Holstein für verschiedene CDU-Minister gearbeitet. Als die SPD an die Macht kam, wechselte Waack in den Wissenschaftlichen Dienst des Landtages. Er bezeichnet sich selbst als „Kind des Kalten Krieges“. Dementsprechend war die DDR für ihn lange Zeit „Feindesland“, wie er zugibt. Aber schon die Ostpolitik Willy Brandts fand er gut. Als die Dinge 1989 endgültig ins Wanken kamen, „da war ich elektrisiert, die bevorstehende Wiedervereinigung erfüllte mich mit riesiger Freude“.

Als er nach Schwerin kam, war das „Feindesland“ vergessen, beteuert Waack, obwohl er im Aufbaustab durchaus auf

Leute traf, die im DDR-Staatsgefüge fest verankert gewesen waren. „Die DDR-Vergangenheit spielte für mich keine Rolle.“ Außerdem, so berichtet der Kieler, habe ihm eine Schweriner Kollegin bei einer abendlichen Runde einmal gesagt: „Du wärst hier auch in der SED gewesen.“ Waack wollte das nicht abstreiten.

„Helft, wo ihr helfen könnt“, hatte der Kieler Landtagsdirektor den zur Aufbauhilfe Abgesandten mit auf den Weg gegeben. Waack gehörte zu jenem Kreis an Beratern aus den alten Bundesländern, die die Schweriner Akteure in Politik und Verwaltung bei allen Fragen beraten sollten, die mit Gesetzgebung und dem Parlamentsbetrieb zusammenhingen. Für die Konstituierende Sitzung brauchte es eine vorläufige Geschäftsordnung, ein Vorläufiges Statut für das Land Mecklenburg-Vorpommern, ein Abgeordnetengesetz - um nur einige zu nennen. Es musste ein Plenardienst und ein Ausschussdienst organisiert werden. „Es ging auch um die Arbeitsteilung zwischen dem Plenum als Schaufenster und den Ausschüssen als den Werkstätten des Parlaments“, sagt Waack. Ihm war natürlich geläufig, was eine Drucksache ist, wie man sie auf den Weg bringt, welche Fristen einzuhalten sind, damit sie zum Beispiel im Plenum behandelt werden kann. „Vieles war für uns weitgehend selbstverständlich. Für die Akteure in Schwerin aber war es Neuland, es musste erklärt werden.“

Einzelne Fragen hatte auch Waack bislang nicht beantworten müssen: „Wer sollte zur Konstituierenden Sitzung einladen? Es ist Brauch, dass der Präsident des vorherigen Landtages die Mitglieder des neu gewählten Landtages einlädt. Es gab aber keinen vorherigen Landtag.“ Also wurde Martin Brick gebeten einzuladen. Brick war im Juni 1990 von der DDR-Regierung für die Übergangszeit bis zur Neubildung der Länder zum Landesbeauftragten der drei Nord-Bezirke Schwerin, Rostock und Neubrandenburg ernannt worden.

Waacks Spezialgebiet im Wissenschaftlichen Dienst war das Abgeordnetenrecht. Deshalb war es seine Aufgabe, ein Abgeordnetengesetz für den Landtag Mecklenburg-Vorpommerns zu entwerfen. „In der Kürze der Zeit konnte ich kein neues Gesetz schneidern. Bevor etwas schiefgeht, habe ich das Abgeordnetengesetz aus Schleswig-Holstein eins zu eins übernommen.“ Die Vorgehensweise stieß weitgehend auf Zustimmung. Bei ersten Vorbesprechungen mit den künftigen Landespolitikern in der Zeit zwischen der Wahl des Landtages am 14. Oktober und der Konstituierenden Sitzung am 26. Oktober 1990 regte sich jedoch Widerstand gegen §16 des Gesetzentwurfes. In ihm wurde die Entschädigung für Parlamentsmitglieder geregelt, die aus dem Landtag ausscheiden. Das vorgesehene Übergangsgeld erschien den angehenden Politikern insoweit zu niedrig, da es nur für eine Zeitspanne gezahlt werden sollte, die sie für zu kurz hielten. Angesichts der zunehmenden Arbeitslosigkeit und des hohen Risikos, in unsicheren Zeiten seinen Beruf für ein Parlamentsmandat aufzugeben, fand Waack den Einwand durchaus gerechtfertigt.

Während der Konstituierenden Sitzung war Waack einer der Berater, die hinter dem Landtagspräsidenten saßen, um gegebenenfalls schnell Fragen beantworten zu können. „Diesen historischen Augenblick hautnah miterlebt zu haben, bewegt mich auch heute noch“, berichtet Waack. „Die feierliche Stimmung war überall zu spüren.“ Nervös war Waack nicht, es konnte ja kaum etwas Unvorhergesehenes passieren, was er nicht schon im Schleswig-Holsteinischen Landtag erlebt hatte. Einer der Berater



Foto: Landtag MV

Zu Beginn der konstituierenden Sitzung des Landtages MV unterschrieben die Abgeordneten die Anwesenheitsliste.

hatte für alle Eventualitäten ein „Drehbuch“ geschrieben, in dem der Präsident Wort für Wort ablesen konnte, was er in welcher Situation sagen konnte.

„Lediglich die Rede von Alterspräsident Friedrich Täubrich war länger als erwartet“, berichtet Waack. Auch als die SPD-Fraktion wegen ihres Unmuts über die Abstimmung des Entwurfs eines vorläufigen Statuts für Mecklenburg-Vorpommern den Plenarsaal verließ, weil es nicht mit einer Zweidrittel-Mehrheit verabschiedet wurde, waren die Berater hinter dem inzwischen gewählten Parlamentspräsidenten Rainer Prachtl (CDU) nicht aus der Ruhe zu bringen. „Dafür gibt es eine einfache Regel“, so Waack, „weitermachen, zumal eine einfache Mehrheit rechtlich ausreichte“.

Mit dem Ende der Konstituierenden Sitzung hatte Waack seinen Auftrag in Mecklenburg-Vorpommern im Wesentlichen erfüllt. Es hätte ihn durchaus gereizt, die Verwaltung noch ein Stück weiter mit aufzubauen, sagt Waack. Aber er war zu sehr mit Kiel und der Ostseeküste verbunden. Über den Aufbaustarb sagt er heute noch anerkennend: „Es ist mir ein Rätsel, wie Schweriner Kolleginnen und Kollegen das damals geschafft haben!“ Ab und an treffen sie sich noch. Und dann gibt es für jeden einen Schluck Sekt. Aus Porzellantassen.

Andreas Frost

Chronologie

9.8. Laut einer Agentur-Meldung rechnen die Bauern in Mecklenburg und Vorpommern mit einer Rekord-Getreideernte von 3,2 Millionen Tonnen.

13.8. Verteidigungsminister Rainer Eppelmann weiht in der Bernauer Straße in Berlin eine Gedenkplatte für die Opfer der Berliner Mauer ein.

16.8. Mit 17:9 haben die Landkreise und kreisfreien Städte des künftigen Landes Mecklenburg-Vorpommern für Schwerin statt Rostock als Landeshauptstadt gestimmt. Wegen eines Formfehlers konnten die Voten von elf Kreisen und Städten (darunter Schwerin) nicht berücksichtigt werden.

19.8. Die SPD verlässt die Große Koalition, die seit März die DDR-Regierung bildet.

23.8. Große Mehrheit der Volkshammer stimmt für Beitritt zur BRD am 3. Oktober.

29.8. Das Automobilwerk Eisenach stellt den Wartburg „new line“ vor, mit dem es sich eine Chance in der Marktwirtschaft erhofft.

31.8. Staatssekretär Günther Krause und Innenminister Wolfgang Schäuble unterzeichnen in Berlin den Einigungsvertrag über den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland.



Foto: TZRW/Joachim Kloock



▲ Als Präsidentin des Landestourismusverbandes hat Landtagspräsidentin Birgit Hesse am 1. Juli einen barrierefreien Strandkorb übergeben. Damit wurde das Bemühen der Tourismuszentrale Rostock und Warnemünde, Menschen mit Mobilitätseinschränkungen leichterem Zugang zu Strand und Wasser zu ermöglichen, gewürdigt.

Am 15. August begrüßte Landtagspräsidentin Birgit Hesse 300 Gäste zum ersten SchlossMahl im Schweriner Schlossinnenhof. Unter dem Motto "5 Gänge - 5 Köche - 5 Weine - 5 Biere" präsentierten fünf Schweriner Restaurants ein köstliches Menü. Bis Ende September bleibt der Innenhof des Schlosses für Veranstaltungen „aufgeschlossenen“. Eine Übersicht finden sie auf Seite 24. ▲

▲ Die noch fehlenden neun der insgesamt achtzehn Glasgemälde der Hofdornitz im Schweriner Schloss wurden am 21. Juli wieder an ihrem ursprünglichen Platz eingebaut.

Die Glasmalereien des Malers Ernst Gillmeister aus der Mitte des 19. Jahrhunderts zeigen lebensgroße Bildnisse der bedeutendsten mecklenburgischen Fürsten bis zum Jahre 1608 und von da ab bis zum Jahr 1842 alle Regenten des Hauses Mecklenburg-Schwerin.

Bei der Restaurierung der Glasmalereien in den Jahren 1993-2000 mussten aufgrund starker Beschädigungen Teile ergänzt werden. Aufgrund von Baumaßnahmen an den Hoffassaden waren die innenhofseitigen Glasgemälde zwischenzeitlich im Kirchgang zu sehen und seit dessen Sanierung bis zum Wiedereinbau erneut eingelagert.

